



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

05/23

Sonderausgabe anlässlich der
Verabschiedung von Dr. Gerd Landsberg

STADT UND GEMEINDE DIGITAL



PERSONALWENDE

IM DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUND



ERFOLG HAT DREI BUCHSTABEN – <i>TUN</i> von Bundesministerin Nancy Faeser	Seite 04
GRUSSWORT VERABSCHIEDUNG DR. GERD LANDSBERG von Bundesminister Boris Pistorius	Seite 06
INTERVIEW DER DStGB-VERBANDSSPITZE Dr. Uwe Brandl und Ralph Spiegler	Seite 08
STÄDTE UND GEMEINDEN ZUKUNFTSSICHER GESTALTEN von Ulrich Silberbach	Seite 12
MEHR MUT UND FINANZIERUNGSFORMEN BEI ENERGIEWENDE UND DASEINSVORSORGE von Ingbert Liebing	Seite 14
DAS KONZERT DER KOMMUNEN von Helmut Dedy	Seite 16
31 PARALLELE JAHRE von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke	Seite 18
MITGLIEDSVERBÄNDE MELDEN SICH ZU WORT KOMMUNEN UND SPARKASSEN	Seite 21
GEMEINSAM STARK VOR ORT UND IN DER POLITIK von Helmut Schleweis	Seite 30
EIN VIERTELJAHRHUNDERT EINSATZ FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN von Eva Witt	Seite 32
ANWALT DER KOMMUNEN von Katherina Reiche	Seite 34
LÄNDERÜBERGREIFENDE VERNETZUNG MACHT VERBANDSARBEIT BESSER von Dr. Walter Leiss	Seite 36
BILDUNG IN DEUTSCHLAND von Dr. Jörg F. Maas	Seite 38
BRÜSSELER GERÜCHTE – FOLGE 53	Seite 40
BUCHBESPRECHUNGEN	Seite 43
IMPRESSUM + INHALT	Seite 04

Weitere
aktuelle Infos
jederzeit unter
www.dstgb.de

IMPRESSUM

ZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, BERLIN | BRÜSSEL

Redaktionsanschrift:
Stadt und Gemeinde Digital
Marienstraße 6, 12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
Email: birgit.pointinger@dstgb.de
Internetpräsenz: www.dstgb.de

Herausgeber: DStGB
Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Gerd Landsberg
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:
kristine.stuevecke@dstgb.de
alexander.handschuh@dstgb.de

Redaktionsteam:
Alexander Handschuh
Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke
Birgit Pointinger

Grafik & Satz: DStGB
Dienstleistungs-GmbH



„IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN ENTSCHEIDET SICH DAS VERHÄLTNISS DER MENSCHEN ZU UNSERER DEMOKRATIE.“

Liebe Leserinnen und Leser,

es muss ein besonderer Anlass sein, wenn ausnahmsweise nicht der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes verantwortlich für das Editorial der „Stadt und Gemeinde digital“ zeichnet.

Mit dem Ablauf des Jahres 2023 endet im wahrsten Sinne des Wortes eine Ära. Nach über 30 Jahren im Deutschen Städte- und Gemeindebund gibt Gerd Landsberg das Amt als Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes ab. Unter dem Titel „Personalwende“ wollen wir in der aktuellen Ausgabe der „Stadt und Gemeinde“ in Schrift und Bild erinnern an die vielen Jahre erfolgreicher Verbandsarbeit. Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch diese Zeitschrift, dass Erfolg in der Interessensvertretung für Kommunen weder ein Selbstläufer noch frei von Frustration ist. Vielmehr ist eine täg-

lich wiederkehrende Aufgabe, für die kommunale Selbstverwaltung einzutreten, die Städte und Gemeinden in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zu rücken, das Verständnis für die kommunalen Belange zu fördern und bei allen politischen Entscheidungen zu fragen: Und was bedeutet das für die Kommunen?

Gerd Landsberg hat dieses Handwerk beherrscht wie kein Zweiter. Nicht ohne Grund hat man ihn im Laufe seiner Karriere mit vielen Spitznamen versehen, vom „kommunalen Botschafter“, über den „Städte-Boss“ bis zum „Gesicht der Kommunen“. Mit Mut, Ideenreichtum, Wissen, schonungsloser Neugierde, Gelassenheit und auch einer großen Portion Humor hat er die Kommunen stets ins Rampenlicht gerückt. Mit dieser Ausgabe unserer Verbandszeitschrift sagen wir gemeinsam mit vielen Wegbegleitern DANKE und richten die Scheinwerfer auf Gerd Landsberg.

Unser Dank gilt auch allen, die zum Gelingen der Sonderausgabe anlässlich der Verabschiedung von Gerd Landsberg beigetragen haben und sich zusammen mit uns an den persönlichen Einsatz des DStGB-Hauptgeschäftsführers erinnern, aber auch die vielen aktuellen Themen und Herausforderungen der kommunalen Ebene in den Vordergrund rücken, für die Gerd Landsberg unermüdlich eingetreten ist.

1992 wurde Gerd Landsberg zum Beigeordneten des DStGB gewählt und prägt seitdem die Geschicke des Verbandes. Viele Glaubenssätze, die Gerd Landsberg in den über 30 Jahren immer wieder gepredigt hat, werden unsere Arbeit auch weiterhin begleiten: Zuerst, dass ohne die Kommunen kein Staat zu machen ist. Und nicht zuletzt, dass in jeder Krise der vergangenen Jahre auch für die Kommunen eine Chance gelegen hat. ■

ERFOLG HAT DREI BUCHSTABEN – TUN

Nancy Faeser

Bundesministerin des Innern und für Heimat



Erfolg hat drei Buchstaben – Tun“. Dieses Bonmot trifft es auf den Punkt, wenn von Dr. Gerd Landsberg und seiner Arbeit für den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Rede ist. Denn er ist ein Macher im besten Sinne. Und seine erfolgreiche Arbeit als Hauptgeschäftsführer des Verbandes hat unserem Land gutgetan.

Gerade in schwierigen Zeiten braucht es Menschen wie ihn. Dann kommt es ganz besonders auf überzeugende Lösungen an – in Bund, Land und Kommune. In den vergangenen Jahren reihte sich Herausforderung an Herausforderung. Alle galt es gemeinsam zu meistern. Die Flüchtlingsdynamik der Jahre 2015 und 2016, die Corona-Pandemie – beide waren harte Bewährungsproben für Staat und Gesellschaft. Und die Lage bleibt angespannt: Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine erleben Deutschland und viele Länder Europas die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Umso wertvoller ist die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen. Sie lebt von offenem Austausch, kritischem Dialog und konstruktivem Streit, stets getragen von Solidarität und dem Willen zur Verständigung. Für all das stand und steht Dr. Landsberg – mit seiner Persönlichkeit, seiner großen Energie und seinem Fachwissen. Und das bereits seit der Amtszeit des früheren Bundesinnenministers Otto Schily.

Angesichts der aktuellen Situation bei der Unterbringung von Schutzsuchenden hat Gerd Landsberg immer wieder auf den Wert und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität mit den Kommunen hingewiesen. Der Bund hat sie gezeigt – nicht allein in Form finanzieller Unterstützung. Auch durch die mietzinsfreie Überlassung von Bundesliegenschaften konnten vielerorts zusätzliche Geflüchtete ein Dach über dem Kopf finden. Natürlich sind damit längst nicht alle Fragen geklärt, vor die uns die aktuelle Lage stellt.

Bewusst haben der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 10. Mai 2023 vereinbart, dass Deutschland als mo-

lichen Zusammenhalt. Sie helfen den neu nach Deutschland kommenden Menschen und verbessern zugleich die kommunale Daseinsvorsorge für alle. Dazu bringen wir wirksame Programme und Maßnahmen auf den Weg - etwa bei Infrastruktur, Bildung, Arbeitsmarkt, Familie, Gesundheit, Mobilität, Finanzen bis hin zur Gewährleistung kultureller Teilhabe.

» *Es ist keine Übertreibung, dass mit seinem Abschied eine Ära endet, die nicht zuletzt von der langjährigen und guten Zusammenarbeit zwischen dem DStGB und dem BMI geprägt war. Er hat in dieser Zeit Städten und Gemeinden eine Stimme gegeben, die auch auf der Bundesebene stets gut hörbar war – und dabei immer klar und konstruktiv.«*

dernes Einwanderungsland eine krisenfeste Integrationsinfrastruktur braucht. Sie muss insbesondere auf der Ebene der Kommunen tragfähig sein. Das setzt auch einen regional differenzierten Blick voraus, was in Stadt und Land benötigt wird, damit Integration gelingt.

Gute Rahmenbedingungen für Integration stärken unseren gesellschaft-

Während die Vielfalt unserer Gesellschaft dynamisch wächst, wird die Bevölkerung unseres Landes im Durchschnitt immer älter. Kommunen sind sehr unterschiedlich von diesen Entwicklungen betroffen. Teilweise stehen sie vor völlig gegensätzlichen Gestaltungsaufgaben. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und die gesamte Bundesregierung unterstützen die



Kommunen, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen. Zwei Aufgaben sind dabei eng miteinander verbunden: Einerseits Teilhabe zu fördern – vor allem in ländlichen und strukturarmen Regionen – und andererseits gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort herzustellen. Für das BMI braucht es beides, damit überall im Land gleiche Chancen und ein starker sozialer Zusammenhalt gesichert sind.

Doch der gesellschaftliche Zusammenhalt zeigt Risse, die Akzeptanz politischer Entscheidungen schwindet in der Bevölkerung. Die Folgen spüren nicht zuletzt kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger: In Form wachsender und zum Teil massiver Bedrohungen, durch Hass, Hetze und Übergriffe. Das ist erschütternd – umso mehr, da die meisten der Betroffenen ihre politische Arbeit ehrenamtlich leisten. Wo aber Engagement und Beteiligung aus Angst vor Übergriffen versiegt, gefährdet das unsere Verfassungsord-

nung und unsere Resilienz gegenüber Krisen. Das gilt gerade für die Ebene der Kommunen: Denn sie sind die Basis der Daseinsvorsorge unseres Landes und seiner Demokratie.

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung etwas entgegenzusetzen, hat das BMI unter anderem als Teil des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus eine Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger ins Leben gerufen. Hierbei wurden bereits konkrete Maßnahmen entwickelt, um den Schutz kommunalpolitisch Aktiver zu verbessern. Als Kommunalministerium sind wir Ansprechpartner für kommunale Belange. Wir wissen, um die vielfältigen Fragen und Aufgaben, vor denen die Kommunen, ihre Spitzenverbände sowie deren Vertreterinnen und Vertreter stehen.

Unter ihnen bleibt Dr. Gerd Landsberg vom DStGB einer der herausragendsten Köpfe. 25 Jahre, ein Vierteljahrhundert, leitete er als Hauptgeschäfts-

führer die Geschicke des Verbandes. Es ist keine Übertreibung, dass mit seinem Abschied eine Ära endet, die nicht zuletzt von der langjährigen und guten Zusammenarbeit zwischen dem DStGB und dem BMI geprägt war. Er hat in dieser Zeit Städten und Gemeinden eine Stimme gegeben, die auch auf der Bundesebene stets gut hörbar war – und dabei immer klar und konstruktiv. Hier halte ich es mit Marie von Ebner-Eschenbach: „Nicht jene, die streiten, sind zu fürchten, sondern jene, die ausweichen.“

Der große Beitrag, den Dr. Landsberg mit seinem Wirken geleistet hat, sein unermüdlicher Einsatz, die Interessen der Kommunen gegenüber dem Bund zu vertreten, ist einzigartig. Für diese Arbeit und dieses enorme Engagement danke ich von Herzen und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. ■

GRUSSWORT VERABSCHIEDUNG DR. GERD LANDSBERG

Boris Pistorius
Bundesminister der Verteidigung



Unsere Bundeswehr muss ihren Platz mitten in der deutschen Gesellschaft haben. Davon bin ich fest überzeugt. Doch ich weiß auch: Dieser Satz lässt sich leicht sagen. Viel schwieriger ist es, ihn mit Leben zu füllen. Dr. Gerd Landsberg hat genau dies getan. In seiner jahrzehntelangen Arbeit beim Deutschen Städte- und Gemeindebund hat er sich für eine lebendige Partnerschaft zwischen der Bundeswehr und den Städten und Gemeinden eingesetzt.

Diese Partnerschaft reicht bis in die Gründungsjahre der Bundeswehr im Jahr 1955 zurück. Denn hier, in den Kommunen, finden auch die Soldatinnen und Soldaten ihre Heimat. Hier sind auch sie zu Hause. Die Gründerväter unserer Bundeswehr haben sich daher bewusst für eine lebendige Einbindung der Streitkräfte auch in das kommunale Leben entschieden. Kein

„Staat im Staate“, sondern eine lebendige, demokratische Bundeswehr sollte Deutschland verteidigen. Davon bin ich auch heute noch überzeugt.

Dass die Bundeswehr eng in das Leben, Handeln und auch die Politik der Kommunen eingebunden ist, ist

» *Unsere Bundeswehr muss ihren Platz mitten in der deutschen Gesellschaft haben. Davon bin ich fest überzeugt. Doch ich weiß auch: Dieser Satz lässt sich leicht sagen. Viel schwieriger ist es, ihn mit Leben zu füllen. Dr. Gerd Landsberg hat genau dies getan.*«

keine Selbstverständlichkeit. Der lebendige Austausch zwischen Bundeswehr und Städten sowie Gemeinden, in denen Bundeswehrstandorte ansässig sind, ist dabei ein wesentlicher Grundpfeiler.

Es ist diese Zusammenarbeit, die es zum Beispiel ermöglicht hat, in den letzten Jahren die öffentlichen Gelöbnisse wieder ganz bewusst aus den Kasernen heraus in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Ohne die Unterstützung der Kommunen wäre das nicht möglich gewesen. Durch die

Bereitstellung von Marktplätzen und anderen öffentlichen Räumen wurden die Soldatinnen und Soldaten in ihren Kommunen sichtbarer und konnten in den direkten Austausch mit der Bevölkerung treten.



Gemeinsame Veranstaltungen, Diskussionen, aber auch Gelbe Schleifen und Ortschilder, die neben dem Namen der Kommune den Zusatz „Garnisonsstadt“ tragen, halte ich für ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Sie fördern den Zusammenhalt. Sie drücken Wertschätzung aus für die Frauen und Männer, die sich verpflichtet haben, unsere Freiheit und Sicherheit zu schützen und – wenn nötig – mit ihrem Leben zu verteidigen.

Umgekehrt ist die Bundeswehr da, wenn die Städte und Gemeinden Hilfe brauchen: Hochwasser, Waldbrände, Schneefälle – all diese extremen Wetterlagen bzw. deren Bewältigung können einzelne Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Auch während der Corona-Pandemie haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe gezeigt, was möglich ist, wenn

wir zusammenarbeiten. Zivile und uniformierte Bürgerinnen und Bürger arbeiteten Hand in Hand. Gemeinsam haben sie dazu beigetragen, dass wir die Herausforderungen der Pandemie gemeistert haben.

Ob auf kommunaler, auf Landes- oder auf Bundesebene – die Bundeswehr hat dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger viel zu verdanken und umgekehrt.

Um unsere Truppe mitten in der Gesellschaft zu verankern, brauchen wir die Kommunen. Und wir brauchen so wichtige Organisationen wie den Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Ansprechpartner für die Politik und zugleich Sprachrohr der Kommunen ist.

Als Hauptgeschäftsführer hat Dr. Gerd Landsberg 25 Jahre lang die Arbeit des

Deutschen Städte- und Gemeindebunds geprägt. Als Freund der Bundeswehr hat er die enge Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Gesellschaft gelebt und ihre Weiterentwicklung aktiv unterstützt. In seiner Funktion als Mitglied des Beirats für Fragen der Inneren Führung hat er an zahlreichen Empfehlungen für mein Haus mitgewirkt. Darüber hinaus sind der Städte- und Gemeindebund und er persönlich eng eingebunden in die Vorbereitungen und die Verleihung des Preises Bundeswehr und Gesellschaft. Kurz: Mit gutem Grund wurde Dr. Gerd Landsberg 2017 mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold ausgezeichnet.

Für seinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Bundeswehr, seine politische Klarheit und die persönliche Überzeugungskraft möchte ich ihm herzlich danken. Ich wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. ■

INTERVIEW DER DStGB-VERBANDSSPITZE ZUR VERABSCHIEDUNG VON GERD LANDSBERG

Der immerwährende Kampf um Anerkennung und Achtung der kommunalen Ebene

Dr. Uwe Brandl
Präsident des DStGB

Ralph Spiegler
1. Vizepräsident des DStGB



*Lieber Herr Dr. Brandl,
lieber Herr Spiegler,
Sie beide haben über sehr viele Jahre eng und vertrauensvoll mit Gerd Landsberg zusammen-
gearbeitet. Wir wollen gemeinsam Revue passieren lassen und mit Ihnen über Gerd Landsberg
als Verbandspolitiker, aber auch über Gerd Landsberg als Privatmann sprechen...*



Stadt und Gemeinde digital: Sie sind beide bereits seit vielen Jahren in Ihren verschiedenen Funktionen im Amt und haben beinahe die gesamte Amtszeit von Gerd Landsberg als amtierende Bürgermeister verbracht. Wie ist der Stellenwert der Kommunen in der Bundespolitik im Vergleich zu 1998?

RALPH SPIEGLER: Einerseits habe ich den Eindruck, dass die Bedeutung der Kommunen aus Sicht der Bundespolitik zugenommen hat. Davon zeugen die vielen Gespräche der letzten Jahre mit Vertretern der jeweiligen Bundesregierung. Gerade in Krisenzeiten – Flüchtlingsbewegung, Corona-Pandemie, Gasmangellage – konnten wir immer wieder deutlich machen, dass ohne uns Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat zu machen ist. Andererseits korrespondiert das nicht mit einer hinreichenden Beachtung der personellen, finanziellen und strukturellen Belastung der Kommunen. Beleg dafür sind teilweise überbordende Gesetzgebungen, deren Finanzierung und

Umsetzung den Kommunen überlassen wird. Gleichzeitig steigen dadurch – und insofern vollkommen unverschuldet – die kommunalen Schuldenberge und der immense Nachholbedarf bei der Unterhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur.

DR. UWE BRANDL: Wir und an unserer Spitze Gerd Landsberg kämpfen einen immerwährenden Kampf um Anerkennung und Achtung der kommunalen Ebene, mit der der Bund ja qua Verfassung unmittelbar nichts zu tun hat. Das ist nach meinem Empfinden tatsächlich ein Konstruktionsfehler. Fakt ist, dass die Kommunen als dritte staatliche Ebene die entscheidende Rolle bei der Umsetzung dessen spielen, was der Bundes- und Landesgesetzgeber beschließt. Aber – zugegeben – hat es ab und an immer wieder politische Persönlichkeiten gegeben, denen die Bedeutung der kommunalen Ebene für unsere demokratische Gesellschaft sehr bewusst ist. Ich nenne hier an vorderster Stelle unseren Bundespräsidenten oder den ehemaligen Innenminister Seehofer.

Stadt und Gemeinde digital: Erinnern Sie sich an Ihre erste Begegnung mit Gerd Landsberg?

BRANDL: Klar, das war bei meiner ersten Berufung ins Präsidium des DStGB und ich habe ihn auf Anhieb gemocht.

SPIEGLER: Meine erste Begegnung mit Gerd Landsberg hatte ich im November 1994 oder 1995 auf der Mitgliederversammlung des rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Städtebunds. Schon damals beeindruckte mich seine Fähigkeit, komplexe Sachverhalte sehr klar und komprimiert zu vermitteln.

Stadt und Gemeinde digital: Sie haben drei Worte, um Gerd Landsberg einem Fremden zu beschreiben. Welche wären das?

BRANDL: Intelligenter, eloquenter Netzwerker.

SPIEGLER: Meinungsstark, differenziert, Gesicht des DStGB.



Stadt und Gemeinde digital: Gerd Landsberg hat oft Zitate in seine Vorträge und Interviews eingebaut, nicht selten auch selbst Sätze geprägt. Fällt Ihnen ein Satz oder Zitat ein?

SPIEGLER: *Wie jeder Mensch hat auch Gerd seine Lieblingsredewendungen: „Das ist eine Herkulesaufgabe“, „Ein „Weiter so‘ kann es nicht geben“ und „Das ist die typisch deutsche Vollkaskomentalität“ fallen mir spontan ein.*

BRANDL: *„Nur wer die Kommunen und deren Rolle für die Demokratie achtet, kann ein guter Politiker sein.“ „Wer die Rolle der Kommunen für die Demokratie unterschätzt, überschätzt sich meist selbst.“ „Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben Geschwätz, wenn das Geld fehlt sie herzustellen.“*

Stadt und Gemeinde digital: Gerd Landsberg hat sich sehr darum bemüht, dass Bundesverband und Landesverbände geschlossen für ihre Interessen gegenüber Bundes- und Landespolitik auftreten. An welche

gemeinsamen Aktivitäten erinnern Sie sich besonders gerne?

BRANDL: Gerd hat sich immer besonders bemüht, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Das ist schwierig, weil die Verhältnisse in den Ländern ebenso unterschiedlich sind wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gerade mit Blick auf die schwierige kommunale Verschuldungssituation in einigen Ländern hat er immer, und ich meine mit Erfolg, für ein solidarisches Eintreten im Sinne einer leistungsfähigen Grundfinanzierung der kommunalen Ebene geworben.

SPIEGLER: *Gerade in den letzten Jahren unserer sehr engen Zusammenarbeit ist es Gerd Landsberg immer wieder gelungen, das oftmals sehr heterogene Meinungsbild in den Mitgliedsverbänden auf eine gemeinsame Formel zu bringen und so mit starkem Rückhalt die kommunalen Interessen zu vertreten. Auch hier kann ich sicherlich die Sorgen und Nöte der letzten Jahre, insbesondere bei der Unter-*

bringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen nennen. Wichtig war ihm gemeinsam mit uns aber auch, die Bedeutung der kommunalen Ebene generell für das Funktionieren des Staates zu verdeutlichen.

Stadt und Gemeinde digital: Vielen, die Gerd Landsberg seit Anbeginn seiner Verbandskarriere kannten, wird er als Wegbereiter kommunaler Umweltpolitik in Erinnerung bleiben. Für welches Thema steht Gerd Landsberg aus Ihrer persönlichen Sicht?

SPIEGLER: *Aus dem bunten Strauß an Themen, den es aus kommunaler Sicht zu binden gilt, gab es nichts, wozu Gerd nicht adhoc ein Statement hätte abgeben können. Drei Dinge will ich hervorheben: Kirche und Gesellschaft, Soldat als Bürger in Uniform sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, Ost und West, Nord und Süd.*

BRANDL: Den letzten Teil unterstreiche ich besonders: Für mich steht Gerd Landsberg vor allem für gleich-



wertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Stadt und Gemeinde digital: Mal angenommen, Sie säßen auf einer Anklagebank. Würden Sie sich Gerd als Richter, Staatsanwalt oder Verteidiger wünschen?

SPIEGLER: *Mir wäre in einer solchen Situation Gerd Landsberg als Richter am liebsten. Dann hätte ich die Gewissheit auf ein wohl abgewogenes und faires Urteil, unvoreingenommen, frei von Ideologien und das zu beurteilende Verhalten von allen Seiten betrachtend.*

BRANDL: Egal, in welcher Rolle ... ich hätte immer das Gefühl es mit jemanden zu tun zu haben, der auf dem Boden eines festen, objektiven Wertekanons gerecht handelt und die Grundsätze audiatur et altera pars und jus est suum cuique tribuendi aktiv lebt.

Stadt und Gemeinde digital: Sie verbringen eine Woche auf einer einsa-

men Insel mit Gerd Landsberg. Welche drei Dinge nehmen Sie mit?

BRANDL: Außer Wasser und Verpflegung, die es da ja gibt (wir verbringen ja ... also haben wir den Aufenthalt ja gebucht), ein Schachspiel, genügend Wein und Laufschuhe.

SPIEGLER: *Ein Motorrad, eine Kiste rheinhessischen Weins und eine Biographie von Willy Brandt.*

Stadt und Gemeinde digital: Lieber Herr Dr. Brandl, lieber Herr Spiegler. Herzlichen Dank für das Gespräch. Die letzten Zeilen des Interviews dürfen nun für Wünsche und Grüße genutzt werden:

BRANDL: Danke für alles Gerd. Du warst Lehrer, Ratgeber, Philosoph und Vorbild; ich bin glücklich für ein Stück gemeinsamen Weges. An Menschen wie dir kann man nur wachsen, denn sie lassen das auch zu. Glück, Gottes Segen und hoffentlich noch viele gemeinsame Treffen wünsche ich dir von Herzen!

SPIEGLER: *Mein Lieblingszitat über Kommunen: Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.*

(Hermann Schmitt-Vockenhausen)

Diese Worte beschreiben sehr gut Dein Handeln und Wirken in Deiner Zeit beim DStGB. Die Klarheit bei der Vertretung unserer Interessen hat mich immer wieder sehr beeindruckt.

Dafür danke ich Dir sehr herzlich. Persönlich danke ich Dir dafür, dass Du mir gegenüber immer sehr offen und stets ein guter Ratgeber warst. Unsere Begegnungen waren von gegenseitigem Respekt geprägt. Nie standen irgendwelche künstlich herbeigeredeten Parteilinien zwischen uns. Für die Zukunft wünsche ich Dir alles Gute, Glück, Gesundheit und Gottes Segen... naja, und natürlich immer beide Reifen fest auf dem Asphalt sowie stets einen hinreichenden Vorrat guten Weins im Keller. Und zuletzt hoffe ich, dass sich unsere Wege auch in Zukunft immer wieder mal kreuzen werden. Mach's gut, Gerd. ■

STÄDTE UND GEMEINDEN ZUKUNFTSSICHER GESTALTEN

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender des dbb
beamtenbund und tarifunion



Ob ländliche Räume, die Unterbringung von Flüchtlingen, Stadtentwicklung und Wohnen, Bildung, Sport und Kultur, Bewältigung der Corona-Pandemie, der Energie-Krise – es gibt kein Thema und keine Herausforderung, die nicht auch die Kommunen in Deutschland betrifft. In diesen Zeiten ist eine gewichtige Stimme für die Kommunen umso dringlicher, da die Herausforderungen für die Zukunft immens sind. Deutschland befindet sich in vielerlei Hinsicht in einer Zeitenwende!

Die Kommunen sind das zentrale Element im Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland und sie sind für die Bürgerinnen und Bürger meistens der erste Ansprechpartner, wenn diese mit dem Staat zu tun haben. Die kommunale Tätigkeit ist daher von jeher sehr viel stärker durch die Erbringung von Dienstleistungen geprägt, als dies bei Bund und Ländern der Fall ist.

DASEINSVORSORGE UNTER DRUCK

Die Daseinsvorsorge steht seit geraumer Zeit unter erheblichem Druck:

demografischer Wandel und angespannte Finanzen sind eine der wesentlichen Herausforderungen für die öffentlichen Infrastrukturen.

Der Blick in die Zukunft zeigt, dass die Finanzsituation der Kommunen in den kommenden Jahren deutlich enger sein wird, als dies schon jetzt der Fall ist. Die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Städte und Gemeinden ist akut gefährdet – dies hat Konsequenzen für jeden einzelnen Bürger: Wenn nicht investiert werden kann, dann droht ein schlechterer Zustand von Sportanlagen, Straßen, Schulen, Theater und vieles mehr. Das bekommt der Bürger unmittelbar zu spüren und dies führt zu erheblicher Frustration.

Zukünftige Herausforderungen und Maßnahmen, die Anpassungen an den Klimawandel erfordern, sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. All das wird viel Geld kosten und ohne zusätzliche Investitionen wird die notwendige Transformation nicht gelingen. Die Kommunen benötigen daher dringend ein umfangreiches Investitionsprogramm.

Zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen gehört aber auch, dass sie sachlich und personell so ausgestattet sind, dass sie ihre Kern- und zusätzlichen Aufgaben auch erfüllen können. Nahezu alle Städte, Landkreise und Gemeinden suchen schon heute händeringend Personal.

Ob in der klassischen Verwaltung, in der Stadtreinigung, in der Ausländerbehörde oder im Sozialamt, in Kitas, im Gesundheitsamt, überall ist die Personaldecke eng und es sind offene Stellen ausgeschrieben und unbesetzt.

Die Digitalisierung und insbesondere der Ausbau digitaler Fachverfahren ist schon deshalb unerlässlich, weil die Verwaltungen ohne funktionierende Prozessoptimierungen und -automatisierungen mit den Ressourcen, die ihnen derzeit zur Verfügung stehen, die umfangreichen Aufgaben nicht bewältigen können.

Der DStGB war und ist ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, die Interessen von Städten und Gemeinden zu vertreten. ■



STARKE STIMME FÜR ALLE BELANGE



Bei Dr. Gerd Landsberg lagen die Geschicke des Verbandes in klugen und anpackenden Händen – Gerd Landsberg hat dem DStGB eine starke Stimme für alle Belange und insbesondere gegenüber der Politik gegeben. In vielen Fragen und Forderungen, die der dbb beamtenbund und tarifunion in den letzten Jahren erhoben hatte, hat Gerd Landsberg unterstützt, wo er nur konnte. Wenn in der politischen Debatte die Kommunen und ihre Leistungsfähigkeit in der Kritik

stand, hat sich Gerd Landsberg stets vor die Beschäftigten gestellt und Kritik an ihnen – zum Beispiel mangelnde Flexibilität im öffentlichen Dienst – zurückgewiesen. Dies ist nicht ohne Wirkung bei den Beschäftigten gewesen!

Der dbb beamtenbund und tarifunion hatte in Gerd Landsberg einen verlässlichen Gesprächspartner, der die Themen präzise eingeordnet und mit politischer Klarheit kommuniziert

hat. Zahlreiche dbb Jahrestagungen wurden durch seine Beiträge bereichert – lieber Gerd, bei fast jeder Jahrestagung warst du in Köln oder auch digital dabei – DANKE für deine Unterstützung und für jedes Gespräch!

Im Namen der Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion wünsche ich Dir alles Gute für die Zeit des Ruhestands und vor allem viel Zeit für all die Dinge, die in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen sind!

MEHR MUT UND FINANZIERUNGSFORMEN BEI ENERGIEWENDE UND DASEINSVORSORGE

Ingbert Liebing

Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU)



In den aktuellen Diskussionen über die Energiewende ist klar: Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist eine überfällige Investition in die Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands sowie in den Klimaschutz. Zugleich sagen es die Klimaziele selbst: +1,5 Grad ist eben nicht 0. Das Klima wandelt sich. Das hat Folgen, an die sich die Kommunen und ihre Wasserwirtschaft anpassen müssen. Auch müssen wir sorgfältiger mit Ressourcen umgehen, Müll vermeiden, besser recyceln. Und den Ausbau der Glasfasernetze für schnelles Internet entschlossen vorantreiben. Insgesamt müssen wir die kommunale Daseinsvorsorge an Klimawandel, Demografie und Digitalisierung anpassen.

Bei der Umsetzung von alledem kommt den Kommunen und ihren kommunalen Unternehmen eine entscheidende Rolle zu. Was machbar ist, was nicht und welche rechtlichen Rahmenbedingungen wir brauchen, darauf weisen wir als kommunale Familie geschlossen hin. Denn nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort geschieht. Klar ist: Allein die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe, für die uns jedoch nur 22 Jahre bleiben. Klima-Anpassung, Digitalisierung und Ressourcenschonung kommen hinzu.

STARKE DASEINSVORSORGE, STARKE KOMMUNEN, STARKES LAND

Diese Themen der Daseinsvorsorge berühren uns, DStGB und VKU, gemeinsam. Nun geht Gerd Landsberg in den Ruhestand, der gekonnt, wortgewandt und wortgewaltig für die Städte und Gemeinden eingetreten ist. Für mich ist das ein großer Umbruch: Wir lernten uns vor fast 25 Jahren kennen, als ich Bürgermeister von Sylt-Ost war. Und bei jeder meiner beruflichen Stationen in der kommunalen Familie – ob als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und KPV-Bundesvorsitzender oder nun als VKU-Hauptgeschäftsführer – blieb Gerd Landsberg die große Konstante bei DStGB. So lange arbeiten wir bereits eng, vertrauensvoll und freundschaftlich zusammen.

Uns eint der Einsatz für die Sache der Kommunen. Denn wir verstehen sie als Basis unserer gesellschaftlichen Ordnung und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Und damit bilden sie auch einen relevanten Teil des Fundaments unserer Demokratie. Ob wir als Gesellschaft gut durch

Krisen kommen, ob jemand abgehängt ist oder sich nur so fühlt, hängt maßgeblich von der kommunalen Daseinsvorsorge vor Ort ab. Starke Daseinsvorsorge, starke Kommunen, starkes Land: Das verbindet Gerd Landsberg und mich.

Es bleibt viel zu tun. Beispiel Energiewende. Um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen sind laut Schätzungen bis 2030 rund 600 Milliarden Euro für Investitionen notwendig.

KAPAZITÄTSMARKT FÜR KRAFTWERKE

Wind- und Solaranlagen sollen massenhaft Strom produzieren, doch sie liefern nur schwankend Energie. Deshalb benötigen wir für Versorgungssicherheit neben zusätzlichen Speichern und Elektrolyseuren für Wasserstoff auch weiterhin Kraftwerke, die sich binnen Minuten hochfahren lassen und die erneuerbaren Energien absichern. Sie sollen möglichst wenig im



Einsatz sein und nur bei Stromlücken der wetterabhängigen Erneuerbaren-Erzeugung füllen, wenn Wind nicht weht und Sonne nicht scheint.

Beim Betrieb solcher Kraftwerke entfallen die bisherigen variablen Kosten, etwa für Kohle und Erdgas. Die Investitions- und Bereithaltkosten bleiben allerdings bestehen und müssen finanziert werden. Bislang liefert unser Marktdesign keinen Anreiz, in solche Kraftwerke zu investieren. Hier brauchen wir dringend einen Mechanismus, der auch die Bereitstellung dieser „sicheren Leistung“ honoriert: einen Kapazitätsmarkt. Schließlich brauchen wir ca. 25 GW solcher sicheren Kraftwerksleistung zusätzlich bis 2030.

FÖRDERUNG FÜR AUSBAU DER FERNWÄRME

Fernwärme ist volkswirtschaftlich optimal und die effizienteste Möglichkeit, erneuerbare Energien im großen Umfang in dichtbesiedelte Gebiete zu integrieren. Aktuell werden rund 14 Prozent der Haushalte bundesweit mit Fernwärme versorgt, ein Ausbau auf mindestens 40 Prozent gilt als gut machbar. Doch das erfordert mehr Förderung.

» *Uns eint der Einsatz für die Sache der Kommunen. Denn wir verstehen sie als Basis unserer gesellschaftlichen Ordnung und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Und damit bilden sie auch einen relevanten Teil des Fundaments unserer Demokratie.«*

STAATLICHE GARANTIE UND ANDERE FINANZIERUNGSFORMEN

Insgesamt stehen Stadtwerke vor der Herausforderung, über einen vergleichsweise kurzen Zeitraum gigantische Investitionssummen finanziell stemmen zu müssen. Als erstes kommt es darauf an, dass die Stadtwerke mehr vom selbst verdienten Geld reinvestieren können oder das Eigenkapital aufstocken können. Das ist der Appell an unsere Eigentümer, an die Städte und Gemeinden. Aber wir brauchen auch andere Finanzierungsformen als bisher.

Notwendig ist eine Vereinfachung der Kapitalaufnahme. Förderbanken auf Bundes-, Landes- und auf EU-Ebene kommt eine besonders hohe Bedeutung zu. Wichtig ist auch die

angemessene Anhebung der Eigenkapitalverzinsung im Rahmen der Netzregulierung.

Staatliche Garantien von Bund und Ländern sind wichtige Bausteine für die Umsetzung und zur Absicherung staatlicher Kreditrückversicherungen. Auch steuerliche Anreize sind notwendig: Wir unterstützen Superabschreibungen für Klimaschutz-Investitionen und weitere Maßnahmen, wie Investitionsprämien und Steuergutschriften.

Jeder Euro für den Klimaschutz ist besser investiert als ein Vielfaches in die Schadensbehebung. *Eine Herkulesaufgabe, die wir ohne unsere Konstante Gerd Landsberg im DStGB bestreiten müssen. Für die Zukunft wünsche ich Dir, lieber Gerd Landsberg, alles Gute für Deinen neuen Lebensabschnitt.* ■

DAS KONZERT DER KOMMUNEN

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
Deutscher Städtetag



Familie ist manchmal wie Musik. Mal laut und mal leise. Oft schön, aber nicht immer harmonisch. Ein bisschen trifft das alles auch auf die kommunale Familie zu. In dieser Familie, dem Konzert der Kommunen, ist Gerd Landsberg seit drei Jahrzehnten eine prägende Figur. Seit 1992 zunächst als Beigeordneter, dann als Leiter des Bonner Büros und seit nun über 25 Jahren als Hauptgeschäftsführer vertritt er mit Herzblut und Nachdruck die Interessen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Von Anfang an durfte ich diesen Weg gemeinsam mit ihm gehen, zunächst als sein Referent im Bereich Umwelt, dann von 1998 bis zu meinem Wechsel zum Deutschen Städtetag fast 15 Jahre als sein Stellvertreter.

Als Gerd Landsberg im Jahr 1998 Hauptgeschäftsführer wurde, war das nicht nur ein Wechsel der Funktion innerhalb des Verbandes, sondern Um- und Aufbruch. Der Deutsche und der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund beendeten ihre Personalunion in Düsseldorf. Der deutsche Verband hat sich mit einem Umzug nach Berlin neu aufgestellt. Aufbauarbeit ist anstrengend, aber auch reizvoll. Gerd Landsberg wusste, dass Berlin der Ort war, wo man sich in Zukunft mehr Gehör verschaffen

müsste. Er überwand nicht nur die Widerstände, die mit einem solchem Umbruch verbunden sind, sondern vermochte auch Mitstreiter zu gewinnen. Menschen, die seine Vision teilten und die Interessen der Städte und Gemeinden mit Leidenschaft in die Politik tragen wollten.

Auch wenn es Berlin war, wo ab Ende der 1990er Jahre die Musik in der Bundespolitik spielte, blieb Gerd Landsberg immer der Heimat seiner frühen Kindheit treu: Bonn. Hier sind seine drei Kinder aufgewachsen. Hier kann man ihn in der Rheinaue oder im Kottenforst laufen sehen. Wer ihn kennt weiß, dass er laufend nicht nur den Kopf „frei bekommt“, sondern auch neue Ideen entwickelt. Mit seiner Umtriebigkeit hat er seinem Verband den Stempel aufgedrückt. Und nicht nur das. Gerd Landsberg zeichnet auch Risikobereitschaft aus. Wer neue Wege betritt, innovativen Ideen Raum gibt und Entscheidungen auch mal allein trifft, geht das Risiko ein, anzuecken. Das war es ihm stets wert.

Auch auf unserer letzten Etappe der Zusammenarbeit war gemeinsamer Antrieb immer, das Leben der Menschen vor Ort besser zu machen. Als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes haben wir

uns auch gerieben, waren in Nuancen unterschiedlich unterwegs. Bei der Grundlage waren wir uns immer einig: Lebenswerte Städte und Gemeinden brauchen Beinfreiheit und eine auskömmliche Finanzausstattung. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland kann es nur mit Kommunen geben, deren Selbstverwaltung geachtet wird. Und bitte nicht missverstehen – Selbstverwaltung darf nicht heißen, „Ihr macht das schon“. Dafür haben wir immer zusammen gekämpft.

Insbesondere die letzten Jahre waren intensiv. Die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 und jetzt wieder. Die Corona-Pandemie mit ihren vielfältigen Herausforderungen und Folgen. Die Angriffe auf die Ukraine und auf Israel. In bewegten politischen Zeiten braucht es Haltung und Optimismus. Beides bringt Gerd Landsberg mit. Deshalb ist es schön, dass seine Stimme im Konzert der Kommunen auch im wohlverdienten Ruhestand nicht ganz verstummen wird. Ich bin sicher, die Wahl zum Ehrenhauptgeschäftsführer seines Verbandes ist ihm nicht nur Ehre, sondern auch Berufung.

Lieber Gerd, vielen Dank für den gemeinsamen Weg und alles Gute für den neuen Lebensabschnitt. ■



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

31 PARALLELE JAHRE

Prof. Dr.
Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Deutscher Landkreistag, Berlin



31 Jahre in Leitungsverantwortung bei einem kommunalen Spitzenverband nach jeweils anderweitiger beruflicher Vortätigkeit: Diese Parallele zeichnet den Berufsweg von Gerd Landsberg und mir aus. Beide wurden wir 1992 zu Beigeordneten unseres Verbandes gewählt. Ich wurde dann 1995 stellvertretender Hauptgeschäftsführer; Gerd Landsberg wurde 1996 mit Wirkung ab Anfang 1998 zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied gewählt, ich im Jahre 2000 mit Wirkung ab 2002 ebenfalls in diese Funktion.

Zuvor hatte Gerd Landsberg eine elfjährige Karriere in der Justiz absolviert, die ihn bis ins Amt eines OLG-Richters führte; ich war neun Jahre mit wissenschaftlicher Perspektive an einer juristischen Fakultät tätig, um dann für gut vier Jahre in ein kommunales Wahlamt zu wechseln. Diese unschätzbaren Vorerfahrungen haben uns jeweils gut getan, anstatt die Berufslaufbahn von Referendariat bis zur Pensionierung ausschließlich in kommunalen Spitzenverbänden zu absolvieren.

„Schön, dass es zwischen uns und unseren Verbänden so gut läuft. Dein Gerd“

heißt es handschriftlich im jüngsten Schreiben von Gerd Landsberg. Diesem Resümee schließe ich mich gerne an (Foto 1).

Wenn von „kommunaler Familie“ die Rede ist, wird dabei gern übersehen – bzw., falls bemerkt –, dass ganz unterschiedliche Interessen zu vertreten sind. Hier Großstädte und Verdichtungsräume – dort der ländliche Raum, hier leistungsstarke Gemeinden auch in der Fläche, dort die Vielzahl der kleineren Landgemeinden. Und beide sind vereint im Landkreis, an den sie aber aufgrund unterschiedlicher eigener Leistungskraft ganz unterschiedliche Erwartungen haben, die sie in Solidarität über die Kreisumlage finanzieren müssen.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangskonstellation sind die kommunalen Spitzenverbände im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts nicht als kommunale Familiengründung entstanden, sondern jeweils als „Gegen-

gründungen“. Zunächst haben sich die Großstädte im Deutschen Städtetag organisiert, fünf Jahre später als Gegengründung die mittelgroßen Städte, wiederum sechs Jahre später die Landkreise und zuletzt – und erst in der Weimarer Republik – die Landgemeinden.

Die Kunst besteht seither darin, einerseits die je eigenen Belange pointiert zu artikulieren und andererseits gegenüber Ländern und Bund bzw. Reich das Gemeinsame kraftvoll zu vertreten. Der DStGB hat dabei seit Anfang 1973, also nunmehr auch schon seit gut 50 Jahren, das Kunststück zu bewältigen, einen Binnenausgleich im kreisangehörigen Bereich bei großem Leistungsgefälle innerhalb der kreisangehörigen Gemeinden herbeizuführen.

Unterschiede in der Interessenartikulation sind also sachbedingt und nicht den an der Spitze des jeweiligen Verbandes stehenden Persönlichkeiten anzulasten, selbst wenn diese natürlich die Arbeit und Ausrichtung ihres Verbandes in ganz unterschiedlicher Weise prägen.



Foto 1: Beim 100-jährigen Landkreistagsjubiläum am 08.09.2016

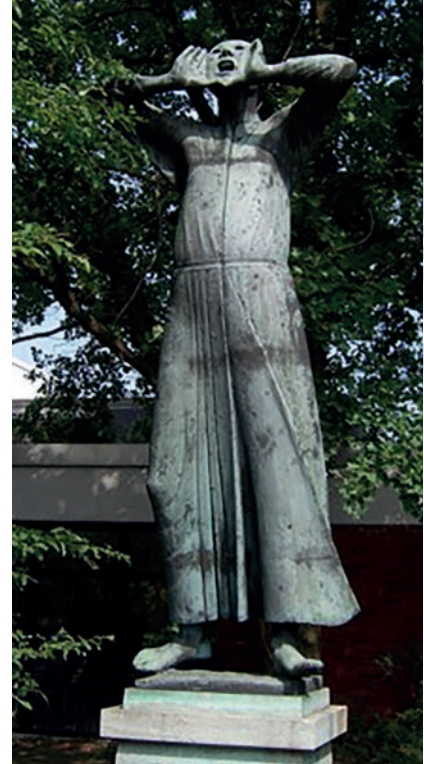


Foto 2: Der Rufer vor dem Funkhaus

Insoweit stelle ich zwischen Gerd Landsberg und mir bei großer inhaltlicher Übereinstimmung etwa in sozialpolitischen Fragen, bei Fragen der Förderung des ländlichen Raumes, beim Verhältnis von staatlichem Paternalismus zu individueller Verantwortung, bei der Warnung vor einer Überforderung des Staates und, und, und... doch deutliche Unterschiede im Vorgehen fest, die relativ häufig der Devise: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ folgen.

Wenn man weiß, dass der eine zuvor Richter und der andere zuvor kommunaler Wahlbeamter war, könnte man von außen eher auf die Idee kommen, ich sei der abwägende Richter, Gerd Landsberg dagegen der anwaltlich agierende kommunale Wahlbeamte gewesen.

Das Handwerkszeug für unsere Arbeit unterscheidet sich erheblich: Gerd Landsberg braucht von Bonn aus nur eines wirklich: das eingeschaltete Mikrofon, wobei gern auch eine Kamera bzw. ein Handy dazukommen können. Damit ist die – oft in den frühen

Morgenstunden beginnende – Arbeit für den Tag gesichert. (Foto 2)

Bei mir sind es – ebenfalls seit dem frühen Morgen – Kugelschreiber und Papier und die in Berlin fußläufig zu erreichenden kleineren und größeren Sitzungssäle, um Argumente zu Papier, in Zeitschriften und Büchern und in Einzel- oder Gruppengesprächen unters Volk zu bringen.

» Schön, dass es zwischen uns und unseren Verbänden so gut läuft. Dein Gerd.«

Gerd Landsberg besitzt zudem die große Gabe, Schlagworte und damit Themen setzen zu können und dabei auch vor Vereinfachungen nicht zurückzusehen. Er, ein großgewachsener Mann, hat dabei einen Hang zu großen Begriffen und einfachen Lösungen. Bei seinen Auftritten, die in Berlin rein körperlich gar nicht so häufig sind, hat Gerd Landsberg Bismarcks Devise: „Wo ich sitze, ist immer oben“ durchaus verinnerlicht.

In seinen für den DStGB artikulierten Forderungen wimmelt es nur so von Masterplänen, Gipfeln, großen Würfeln, Neustarts, neuen Gesetzbüchern, aber auch von gesamtgesellschaftlichen und Gemeinschaftsaufgaben.

Das alles sind Begriffe, die ich so gut wie nie verwende – in der Erkenntnis, dass die Fragestellungen oft vielschichtig und der politische Fortschritt eine Schnecke ist. In einem Punkt, der für Gerd Landsberg weniger zentral ist, bin ich dagegen völlig unnachgiebig: bei klaren Verantwortungsstrukturen im Bundesstaat.

Angesichts dieses unterschiedlichen Zugriffs auf Themen und Methodik ist es eigentlich erstaunlich, wie eng wir „am Ende des Tages“ inhaltlich oft beieinander sind, wobei Gerd Landsberg eine gewisse Großzügigkeit beim inhaltlichen Aufeinanderzugehen durchaus eigen ist. Auch kann er eigeninitiativ Beiträge anderer loben, was nicht jedem gegeben ist.

Egal, ob im Deutschen Landkreistag, im DSGV, in der Deko oder beim



Es bleibt aber auch in Zukunft noch genug zu tun – und das darf ich nach dem Ausscheiden von Gerd Landsberg zum Jahreswechsel, dem ich von Herzen alles Gute für den Ruhestand wünsche, im 32. Dienstjahr erstmals aus der Rolle des Dienstältesten angehen, der sich auf das Kommen des neuen Kollegen André Berghegger freut, dem es aller Voraussicht nach vergönnt sein wird, schon nach gerade einmal zwei Jahren Anfang 2026 der dienstälteste Hauptgeschäftsführer der drei kommunalen Spitzenverbände zu werden. ■

ZDF: Überall kann ich auch zu langjährigen Gremienmitgliedern ausnahmslos augenzwinkernd sagen: „Ich habe sie kommen sehen“.

Im Verhältnis der kommunalen Spitzenverbände untereinander gilt das nicht: Als ich Hauptgeschäftsführer wurde, waren Gerd Landsberg und Stephan Articus, der wie wir beide ebenfalls – im Deutschen Städtetag – 1992 Beigeordneter geworden war, bereits im Amt. Mitte 2016 machte Stephan Articus dann Platz für Helmut Dedy, dem früheren Stellvertreter Gerd Landsbergs. Über mehr als zwei Jahrzehnte in den drei kom-

munalen Spitzenverbänden mit insgesamt nur vier Hauptgeschäftsführern auszukommen, dürfte gerade in der schnelllebigen Zeit heute, in der der HSV seit der Jahrhundertwende 28 Chefrainer beschäftigt hat, einzigartig und ein Beweis dafür sein, dass die personelle und inhaltliche Aufstellung mit sich immer wieder zusammenraufenden unterschiedlichen Charakteren und Angehensweisen so schlecht doch nicht war und vieles in den Regierungszeiten von Gerhard Schröder, Angela Merkel und Olaf Scholz auf der Bundesebene für die Kommunen erreicht werden konnte.

MITGLIEDSVERBÄNDE



DER OMNIPRÄSENTE LANDSBERG



Dr. Franz Dirnberger
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Gemeindetag

Es gibt Menschen, die anscheinend nicht altern. Gerd Landsberg ist so ein Mensch. Groß gewachsen, gertenschlank, sportliche Figur, dynamisches Auftreten. Ein jugendlicher Typ. Und: Im Gegensatz zu anderen musste er sich ein Leben lang nicht die Haare raufen, sodass er noch im

Vollbesitz derselben ist. Darüber hinaus ist er außerordentlich klug und eloquent. Kein Thema, zu dem er nicht druckreif und sachverständig eine Meinung hätte und äußert.

Gerd Landsberg ist ständig „auf allen Kanälen präsent“. Kaum ein Tag vergeht, an dem er nicht im Fernsehen, im Hörfunk oder in den Printmedien fühlbar ist. In den Medien ist er so allgegenwärtig, dass es in den Landesverbänden das geflügelte Wort vom „omnipräsenten Landsberg“ gibt.

Genauso habe ich Dich, lieber Gerd, über viele Jahre erlebt. Als allgegenwärtigen Medienprofi, der zu allem und jedem etwas zu sagen hatte. Bewunderns- und beneidenswert! Vor allem, wenn Du es sogar zu fernliegenden Themen, wie Arbeitslosenstatistik, außenpolitische Herausforderungen, Ölpreissteigerung oder Gendersternenchen schafftst, einen kommunalen Bezug herzustellen. Das macht Dir so schnell niemand nach! Einfach genial. Herzlichst,
Dein Franz Dirnberger ■

AUF DEN PUNKT

Dr. Karl-Heinz Frieden
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz



Lieber Gerd, der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz ist mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund eng verbunden. Das liegt nicht nur daran, dass unser alternierender Vorsitzender gleichzeitig Vizepräsident des Bundesverbandes ist und Deine ehemalige Büroleiterin nunmehr die Geschicke in Rheinland-Pfalz steuert. Vor allem ist dies der wertvollen Symbiose Deiner Person geschuldet.

Seit 25 Jahren bist Du ein hoch geschätzter Redner auf unserer Mitgliederversammlung und nie hat man den Eindruck, unsere Gäste sind Deiner

überdrüssig geworden. Durch diese Nähe ist es uns gelungen, gerade die Belange der kleineren Gemeinden und Mittelstädte, aber auch des ländlichen Raums in die Bundespolitik zu transportieren. Keiner versteht es so geschickt wie Du, die Medien für die Verbandsarbeit zu nutzen und Dinge in leicht verständlicher Sprache auf den Punkt zu bringen. Deine Erfolge, wie sie besonders in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 mit den Hilfspaketen für die Kommunen deutlich geworden sind, geben Dir und Deiner Arbeit Recht. Gerade das für die rheinland-pfälzischen Kommunen so

wichtige Thema Wald verbindet uns besonders. Die Zusammenarbeit zwischen Dir als Geschäftsführer und mir als Vorsitzenden des Gemeinsamen Forstauschusses ist hier nicht nur geräuschlos, sondern auch effektiv. Auch bei der Stärkung der kommunalen Vertretung im DFWR war die Zusammenarbeit sehr erfolgreich.

Dafür im Namen meines Verbandes und auch persönlich meinen ganz herzlichen Dank!

Für Deinen weiteren Lebensweg wünsche ich Dir alles Gute. ■

HERZLICHEN DANK

Dr. Carsten Rieder
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Gemeinde- und Städtebund Thüringen



Sehr geehrter Herr Dr. Landsberg, lieber Gerd, als Geschäftsführendes Präsidialmitglied und Hauptgeschäftsführer hast Du die Geschicke des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin und Bonn maßgeblich geprägt und der kommunalen Stimme auf bundespolitischer Ebene ein besonderes Gewicht verliehen; sei es im fachlichen Diskurs oder ge-

genüber den Medienvertretern mit Deiner kompetenten, unaufgeregten und verbindlichen Art! Herzlichen Dank dafür!

Zu Beginn des Jahres 2024 startest Du in Deinen wohlverdienten Ruhestand. Für diese Lebensphase wünsche ich Dir im Namen des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen viel

Lebensfreude, Lust neue Dinge zu entdecken, Motivation wunderschöne Reisen zu unternehmen, Kraft noch ein paar kleinere Bäume ausreißen zu können, Neugier auf die bunte Vielfalt dieser Welt und vor allem ganz viel Gesundheit, um genau das noch möglichst lange Zeit genießen zu können! Viele Grüße aus dem schönen Thüringen. ■



DANKE GERD!



Steffen Jäger
Präsident und Hauptgeschäftsführer
Gemeindetag Baden-Württemberg

„Wenn der Landsberg etwas sagt, dann versteht man das auch.“ Gerd Landsberg ist ein Kommunikationsexperte. Komplexe Sachverhalte in eine für die Öffentlichkeit verständliche Sprache übersetzen: kein Problem! Auch dann nicht, wenn ihm diese Sachverhalte selbst erst wenige Minuten zuvor bekannt wurden. Im Schwäbischen würde man das vermutlich mit dem Adjektiv „blitzg'scheit“ umschreiben. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn

zu dieser Fähigkeit gesellt sich ein außergewöhnliches Maß an Disziplin und Einsatz. Wer sich nach einer langen Tagung am nächsten Morgen aufrafft, um noch vor dem Frühstück etwas Laufsport zu machen, der darf nicht überrascht sein, wenn einem Gerd Landsberg schon wieder entgegenkommt, wenn man selbst erst losläuft. Ist man dann zurück im Hotelzimmer und will sich mit dem Morgenmagazin für den Tag updaten, die nächste „Be-

gegnung“: Gerd Landsberg live im Studio. Wieder eine starke Stunde später, der zweite Tag der Konferenz beginnt: Gerd Landsberg auf der Bühne. Gerd war immer da, wo es darum ging, die kommunale Sache zu vertreten. Dafür will ich Dir, lieber Gerd, Danke sagen.

Danke im Namen der baden-württembergischen Städte und Gemeinden und Danke auch ganz persönlich! ■

PIONIERARBEIT FÜR DIE KOMMUNALE UMWELTPOLITIK



Lieber Herr Dr. Landsberg, gerne nehmen wir die gebotene Gelegenheit wahr und senden Ihnen aus der Geschäftsstelle des Hessischen Städte- und Gemeindebundes einen Gruß zum Abschied von der Brücke des DStGB.

Sie waren über drei Jahrzehnte für den Deutschen Städte- und Gemeindebund tätig, davon 25 Jahre als Hauptgeschäftsführer. Ihr Name ist verbunden mit der Pionierar-

beit für die kommunale Umweltpolitik. Und auch in den vielen anderen Politikfeldern, die Einfluss auf die kommunale Welt haben, konnten sie sich mit Engagement und Durchsetzungskraft für die Sache der Städte und Gemeinden einsetzen.

Wir haben Sie in den vielen Sitzungen und Versammlungen als einen Menschen erlebt, dem einerseits das Bewahren der kommunalen Selbstverwaltung und andererseits die Offenheit für gesellschaftliche Entwicklungen zu eigen war und ist.

Wir wünschen Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute und Gottes Segen und schließen mit einem Zitat eines großen Hessen: Anmut bringen wir ins Leben; anmutig sei das Danken (Goethe).

Mit herzlichen Grüßen, Harald Semler, Johannes Heger und Dr. David Rauber, Geschäftsführer Hessischer Städte- und Gemeindebund ■

„ÜBERNEHMEN SIE DEN HUND!“

FÜR DEN HESSISCHEN STÄDTETAG SAGT
HERR GIESELER HERZLICHST SERVUS.

Stephan Gieseler
Direktor Hessischer Städtetag



Mehr als drei Jahrzehnte und länger als ein viertel Jahrhundert als Hauptgeschäftsführer des DStGB hast Du Dich mit stetem Elan, großer Entschiedenheit und entsprechendem Erfolg auch für unsere Mitglieder auf Bundesebene eingesetzt. Mit großer Zuverlässigkeit bist Du unseren Anliegen nachgegangen und warst da, wenn wir Dich in Hessen gebraucht haben. Du hast viel bewegt und bist auch stets in Bewegung

geblieben, insbesondere früh morgens. Selten hast Du unsere Unterstützung benötigt. Wir können uns nur an eine Situation erinnern, an welcher dies notwendig war. Es ist bestimmt zwanzig Jahre her. Beim Joggen verfolgte Dich ein Hund, der Deine flinken Beine scheinbar nicht leiden konnte. Auf gleicher Strecke joggte auch Dr. Dieter. Deine freundliche Bitte an unseren Geschäftsführenden Direktor war: „Über-

nehmen Sie den Hund!“ Leider können wir uns nicht erinnern, ob wir Deinen Wunsch erfüllt haben. Wenn nicht, sende ich Dir zu Deinen Ruhestand, auch eine kleine Entschuldigung.

Alles Gute wünsche ich Dir herzlichst. Bleib weiter fit und agil. ■

Stephan Gieseler, Direktor, Hessischer Städtetag

GERD LANDSBERG – MISTER TAGESSCHAU

Dr. Marco Trips
Präsident Niedersächsischer
Städte- und Gemeindebund



Dieser Titel verkörpert sinnbildlich eigentlich alles, was Du, lieber Gerd, in Deiner Amtszeit als Hauptgeschäftsführer für die Städte und Gemeinden erreicht hast.

Er zeugt von großer Fachkenntnis, auf die sich die Mitgliedsverbände in den Ländern immer verlassen konnten. Thematisch sattelfest hast Du es verstanden, komplizierte Sachverhalte auf ihren Kern zu bringen, ohne dabei unzulässig zu vereinfachen. Stets hast Du in Deinen Interviews den Menschen die Anliegen der Kommunen so erklärt, dass schwierige politische und rechtliche Sachverhalte im Sinne einer Lösung aufbereitet wurden. Du hast immer auch eine klare Sprache gefunden, ohne zu polemisieren. Deine Zeit beim DStGB

war von unterschiedlichen Situationen bestimmt, guten wirtschaftlichen Zeiten, aber auch Krisen. Durch Dein Verhandlungsgeschick ist es Dir gelungen, in jeder dieser Situationen die Kommunen immer mehr in den Fokus der Bundesregierung zu rücken und notwendige Veränderungen zu erreichen. Die Verhandlungserfolge, Verbesserungen und zusätzliche Finanzmittel – manchmal auch das Verhindern von Schlimmeren – sprechen für sich. Neben Inhalten und Form war auch Deine Präsenz an sich bemerkenswert. Wenn in Print und Medien jemand als die Stimme der Kommunen bezeichnet werden konnte, dann warst Du es.

Daneben hast Du die Bundesgeschäftsstelle zu einer professionellen Unterstüt-

zung für die Verbände in den Ländern ausgebaut. Hier hast Du ein Team geschaffen, das in Deinem Sinne Deutschlands Kommunen unterstützt.

Für Deine Verdienste hat Dich der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund im Juni 2023 auf seiner Mitgliederversammlung unter stehenden Ovationen mit seiner höchsten Auszeichnung, der Ehrenmedaille, geehrt.

Lieber Gerd, ganz herzlichen Dank für Deine Leistungen für die kommunale Welt – und persönlich auch Danke für alle persönliche Förderung, Verständnis und manchmal auch Nachsicht. ■

Marco Trips, für die Niedersächsischen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden



GRUSSWORT ZUR VERABSCHIEDUNG VON DR. GERD LANDSBERG

Dr. Jan Arning
Hauptgeschäftsführer
Niedersächsischer Städtetag

Seit über 25 Jahren ist Dr. Gerd Landsberg Stimme und Gesicht des DStGB. Wie viele andere Kolleginnen und Kollegen in den Mitgliedsverbänden hat er mich während unserer gemeinsamen Zeit stets vertrauensvoll begleitet. Dabei war es Dr. Landsberg immer ein besonderes Anliegen, die Mitgliedschaft unseres Verbandes, der ja traditionell Mitglied des Deutschen Städtetages ist, im DStGB zu erhalten. Hierzu haben wir viele konstruktive Gespräche geführt.

Im Ergebnis profitiert unser Verband weiterhin von den vielfältigen Arbeitsergebnissen des DStGB. Dabei

ist es ein besonderes persönliches Verdienst von Dr. Landsberg, dass diese Ergebnisse immer sehr pointiert und öffentlichkeitswirksam dargestellt werden.

Wir sind ihm sehr dankbar, dass er Anregungen aus Niedersachsen aufnimmt und die berechtigten Interessen aller Städte, Gemeinden und Samtgemeinden nachdrücklich gegenüber dem Bund vertritt.

Für den nun folgenden Lebensabschnitt wünschen wir Dr. Landsberg alles erdenklich Gute; vor allem aber persönliches Glück und eine gute Gesundheit. ■

DIE SCHONUNGSLOSE BETRACHTUNG DER WIRKLICHKEIT



Tholey, August 2021; v.l.n.r.: Stefan Spaniol, (ehem.) Präsident des SSGT Hermann Josef Schmidt, Abt Mauritius Choriol, Dr. Gerd Landsberg und die (ehem.) Leiterin der Gemeindetouristik

„Jede erfolgreiche Politik beginnt mit der schonungslosen Betrachtung der Wirklichkeit.“ Mit diesem treffenden Zitat beendete Dr. Gerd Landsberg seinen Vortrag auf der jüngsten Mitgliederversammlung des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT). Zuvor präsentierte er gewohnt pointiert seine Analyse der politischen Situation in Deutschland. Die schonungslose Analysefähigkeit,

Stefan Spaniol

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Saarländischer Städte- und Gemeindetag

die scharfe Urteilskraft und der unverzagte Blick nach vorne erfrischt nicht nur stets von neuem die Zuhörer, sondern regt auch immer – so auch an diesem Tag in Saarbrücken – zu fruchtbaren Diskussionen an. Als junger Geschäftsführer war es mir in den vergangenen beiden Jahren eine besondere Freude mit Gerd zusammenzuarbeiten. Dabei wird mir sicherlich unsere erste Begegnung in besonderer Erinnerung bleiben, und Gerd hoffentlich auch. Im Sommer 2021 konnte ich ihn in der Benediktinerabtei Tholey begrüßen, dem ältesten Kloster auf deutschem Boden mit Weltkunst, den neuen Chorfenstern von Gerhard Richter.

Der SSGT dankt Dr. Gerd Landsberg für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit und für das unermüdliche Engagement für die kommunale Familie! ■

WIR HABEN GERD LANDSBERG VIEL ZU VERDANKEN



Mischa Woitscheck
Geschäftsführer Sächsischer
Städte- und Gemeindetag

Mit Gerd Landsberg verlässt ein Mensch die bundespolitische Bühne, der den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf perfekte Weise zu repräsentieren verstand: Mit hohem Engagement und Weitblick politische Lösungen identifizieren, mit Zielstrebigkeit und Kollegialität die unterschiedlichen regionalen, politischen oder fachlichen Interessen auf eine Position vereinen und diese mit messerscharfem Verstand und druckreifer Spra-

che an Bundespolitik und Medien kommunizieren. Wir in Sachsen haben Gerd Landsberg viel zu verdanken. Von Sportler zu Sportler, von Volleyballer zu Marathonläufer wünsche ich Gerd Landsberg, dass ihm auch in Zukunft auf allen seinen Läufen die Puste nicht ausgehen möge, er seine Ziele erreicht und vielleicht auch mal wieder den Weg in unseren schönen Freistaat Sachsen findet. Er wird uns hoch willkommen sein. ■

ES WAR EINE TOLLE ZEIT



Gemeindekongress am 16.11.2012 in Kiel

Jörg Bülow
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

Kennengelernt haben Gerd Landsberg und ich uns am 2. September 1999 bei meinem Vorstellungsgespräch in Berlin. Am 1. Oktober 1999 fing ich beim DStGB als Referent im Dezernat von Uwe Lübking an. Es war eine tolle Zeit. Wir konnten viele Themen für die Städte und Gemeinden neu entwickeln. Ich habe viel von Gerd Landsberg gelernt und bin dankbar für seine Unterstützung bei meinem Wechsel als Geschäftsführer nach Kiel.

Präsidium, Hauptausschuss etc.: In unzähligen Sitzungen haben wir seither die kommunalen Themen gemeinsam bewegt. Seine Reden und Vorträge auf Veranstaltungen des Gemeindetages begeisterten jedes Mal unsere Bürgermeister.

Herzlichen Dank für 24 Jahre Zusammenarbeit als mein Chef und Kollege! Der DStGB als klare und wahrnehmbare Stimme der Städte und Gemeinden in Berlin: Das ist sein Werk! ■



GLOBALE ZUKUNFTS- UND SCHLÜSSELTHEMEN ERKENNEN UND BENENNEN



Jens Graf
Geschäftsführer Städte- und
Gemeindebund Brandenburg

Den Werdegang von Dr. Gerd Landsberg verfolge ich aus Potsdam seit Mitte der Neunzigerjahre. Dabei habe ich seine frühzeitige Fokussierung auf Fragen des kommunalen Umweltschutzes wahrgenommen. Im Rückblick belegt dies für mich seine herausragende Gabe, vor den meisten anderen die Kommunen berührende nationale und globale Zukunfts- und Schlüsselthemen oder Entwicklungstrends zu erkennen und zu benennen.

Die Städte und Gemeinden wurden schnell in einen komplexen Kontext gestellt und ihre Bedeutung für das Erreichen der sich aus den neuen Aufgaben ergebenden Ziele anschaulich dargestellt. Um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können, müssten Kommunen handlungsfähig ausgestattet sein.

Gerd Landsberg verstand es auch, durch seine schnellen und prägnanten Analysen und Kommentare dem

Deutschen Städte- und Gemeindebund über Jahrzehnte Gehör und Raum im öffentlichen Diskurs zu verleihen. Diese Fähigkeiten haben wesentlich dazu beigetragen, Städten und Gemeinden mehr Gewicht bei der Gestaltung vieler Zukunftsthemen einzuräumen. Dies sind bleibende Verdienste. Für die Zukunft wünsche ich Gerd Landsberg Gesundheit, Gottes Segen und Erfüllung bei den Aufgaben, die er sich vorgenommen hat. ■

DIE BESONDERE VERBINDUNG NACH NRW



Christof Sommer
Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW

Gerd Landsberg hat sich um die Städte und Gemeinden mehr als verdient gemacht. Und das über viele Jahre. Ich weiß das aus eigener Erfahrung: Mitte der 90er waren wir beide als Referenten in der kommunalen Familie tätig.

Er im Verband, ich bei der KPV NRW. Als ich 1999 erstmals zum Bürgermeister gewählt wurde, führte Gerd Landsberg bereits mit der für ihn typischen Energie und Beharrlichkeit den DStGB. Die Verbindung nach NRW ist dabei immer eine besondere geblieben. Nicht nur, weil er sein Zuhause in Bonn am Rhein sah. Sondern auch, weil sein Amtsantritt im Jahr 1998 für uns in NRW eine neue Ära einläutete: Er fiel zusammen mit dem Ende der gemeinsam von Bundes- und Lan-

desverband geführten Geschäftsstelle an der Kaiserswerther Straße in Düsseldorf. Der DStGB folgte damals der Bundesregierung nach Berlin.

Den Städten und Gemeinden hat Gerd Landsberg dort mit seiner Präsenz zu deutlich mehr Sichtbarkeit verholfen.

Dafür wir sind wir ihm dankbar – und wünschen ihm für den neuen Lebensabschnitt ebenso erfüllte Jahre wie in der Zeit bis heute. ■

GERD LANDSBERG UND DER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT

Bernward Küper
Landesgeschäftsführer
Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt



Seit 1996 war Gerd Landsberg geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, ab 1998 dann Hauptgeschäftsführer. In dieser Zeit, bis heute, hat Gerd Landsberg drei Landesgeschäftsführer beim Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt erlebt – Dr. Bernd Kregel, Jürgen Leindecker und in den letzten zwei Jahren Bernward Küper. Sei es die (Wieder-)Einführung der kommunalen Selbstverwaltung in

Sachsen-Anhalt, zwei Kommunalgebietsreformen oder eine intensive Stadtumbauphase, um nur einige Beispiele zu nennen, immer war Gerd Landsberg ein geschätzter Ansprechpartner. Der von ihm geführte DStGB mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben in dieser ganzen Zeit den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Sachsen-Anhalt maßgeblich unterstützt. Herzlichen Dank für Alles! ■



Dr. Norbert Eichler, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Haldensleben und Präsident des SGSA sowie Ministerpräsident Reiner Haseloff anlässlich der Veranstaltung „25 Jahre kommunale Selbstverwaltung“ im Jahr 2015 in der Johanniskirche zu Magdeburg

ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Andreas Wellmann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern



Du hast dem DStGB seit Anbeginn das Gesicht gegeben und mit starken Statements die Positionen der Städte und Gemeinden gegenüber der Bundespolitik vertreten. Vor allem in der jetzigen Zeit ist das wichtig, da die vielen Krisen die Bevölkerung ermüdet und Ängste geschaffen haben. Dabei gerät häufig aus dem Blick, was die Städte und Gemeinden sowie Bund und die Länder vielfach geleistet haben. Das mag sicher auch mit den Herausforderungen zu tun haben, die sich vor uns auftürmen. Doch uns bleibt nichts anderes übrig, als hier

gemeinsam den Anstieg anzugehen. Und das wird nur gelingen, wenn die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden gesehen und anerkannt wird. Wenn diese Ebene nicht mehr leistungsfähig ist, ist das ein Problem für die Demokratie.

In diesem Sinne hast Du immer Deine Stimme erhoben. Seit ich 2015 in meine Funktion als Geschäftsführer kam, hast Du mich im Kreise der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landesverbände gut aufgenommen und unterstützt. Du bist auch meist zu unseren Mit-

gliederversammlungen gekommen und hast dort fachlich gute Vorträge gehalten, die unsere Delegierten begeisterten.

Nun geht Deine erfolgreiche Karriere ihrem Ende entgegen. Du kannst mit einem stolzen Blick zurück auf die Glimmlichter schauen und Dir der Anerkennung und Wertschätzung der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik sicher sein. Ich danke Dir persönlich sehr herzlich und verbinde dies mit den besten Wünschen für Deinen Ruhestand. Herzliche Grüße! ■



„RETTET DIE KOMMUNEN“

Marc Ziertmann
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Städteverband
Schleswig-Holstein



Lieber Dr. Gerd Landsberg, wenn man selbst seit dem Jahr 2000 in einem kommunalen Landesverband tätig ist und eine Reihe von Landes- und Bundesregierungen gekommen und gegangen sind, eine Vielzahl von ehren- und hauptamtlichen kommunalpolitischen Weggefährten im Verband ausgeschieden sind und auch viele Kolleginnen und Kollegen in den Verbänden nicht

mehr dabei sind, gibt es eine Konstante als prägende Persönlichkeit für die Förderung und Bewahrung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie in der Bundesrepublik Deutschland: Dr. Gerd Landsberg. Ein prägender Moment aus der Anfangszeit ist mir dauerhaft in Erinnerung geblieben. Die Kampagne „Rettet die Kommunen“ als Synonym für eine Organisation, die es

ernst meint, wenn über das Gewicht und den Stellenwert kommunaler Selbstverwaltung gesprochen wurde. Noch wichtiger war und ist es, sich nicht in die passive Rolle eines zu Rettenden wieder zu finden, sondern aktiv alles dafür zu tun, dass es nicht zu dieser Situation kommt. Dafür gebührt Dr. Gerd Landsberg ein besonderer Dank des Städtebundes Schleswig-Holstein. ■

UNERMÜDLICHER VERFECHTER KOMMUNALER INTERESSEN



Lisa Diener
und Michael Mätzig
Geschäftsführende Direktoren
Städtetag Rheinland-Pfalz

Gerd Landsberg ist ein unermüdlicher Verfechter kommunaler Interessen, eine personifizierte Stimme der Städte und Gemeinden. Klare Positionierungen, eine starke Präsenz und Mut in schwierigen, auch streitbaren Themen – all das prägt sein jahrelanges Engagement für unsere Kommunen.

Bei seiner Arbeit ist es Gerd Landsberg stets gelungen, die teils unterschiedlichen Interessen und Wahrnehmungen der Landesverbände in Ost und West, Nord und Süd zu einem großen Ganzen zusammenzufügen und dabei mit Geduld, Humor und seinem ausgleichenden, kollegialen Wesen alle Stimmen

angemessen zu berücksichtigen.

Wir wünschen Gerd Landsberg für seinen Ruhestand alles erdenklich Gute sowie Gesundheit und Wohlergehen. ■

KOMMUNEN UND SPARKASSEN GEMEINSAM STARK VOR ORT UND IN DER POLITIK

» Seit über 200 Jahren stehen die Sparkassen an der Seite der Städte, Gemeinden und Landkreise. Kommunen und Sparkassen sorgen gemeinsam dafür, dass diese gute Zusammenarbeit auch in Zukunft funktioniert.«

Helmut Schleweis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands



Das Zusammenwirken von Kommunen und Sparkassen spielt eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung vor Ort. Denn der Gründungsauftrag der ganz überwiegend kommunal getragenen Sparkassen ist es, den Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine breite Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb stellen sie nicht nur eine breite und sichere Zahlungsverkehrsinfrastruktur zur Verfügung, sondern sichern ebenso den Zugang zu hochwertiger Finanzberatung etwa im Bereich der Altersvorsorge ab. Sie machen das Wohnen in den eigenen vier Wänden bezahlbar. Die Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe unterstützen den Bau von Schulen oder Sportplätzen. Sie sind die wichtigsten Finanzierungspartner der Kommunen und des Mittelstands – der Säulen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Auch und gerade in schwierigen Zeiten helfen die Sparkassen vor Ort. Nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 packten Freiwillige aus

der Sparkassen-Finanzgruppe mit an und setzten rollende Filialen ein. Die Institute legten Sonderkreditprogramme auf und stellten mehr als 15 Millionen Euro an Spenden zur Verfügung. Während der Coronakrise wurden vielerorts staatliche Impfkampagnen in Kooperation von Kommunen und Sparkassen durchgeführt. Die Institute stellten Räumlichkeiten zur Verfügung und leiteten staatliche Soforthilfen an Bürger und Unternehmen weiter. Und nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine richteten die Sparkassen mehr als 480.000 Konten für Kriegsflüchtlinge ein. In diesen schwierigen Zeiten haben sie dem Mittelstand geholfen, Engpässe zu überbrücken.

TRANSFORMATION BEFÖRDERN

Auch bei den anstehenden Transformationsprozessen ist eine enge Zusammenarbeit erforderlich. Denn die Kommunen und auch die Sparkassen werden sehr grundlegende Veränderungen umsetzen müssen. So wirkt sich der Klimawandel immer stärker aus, Starkregenereignisse und Hitzepe-

rioden werden häufiger. Deshalb müssen Städte, Gemeinden und Landkreise klimagerecht gestaltet werden, zum Beispiel durch Überflutungsflächen, Grün- oder Klimazonen.

Gleichzeitig muss alles getan werden, um den Klimawandel nicht weiter zu befördern. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie die Modernisierung des Gebäudebestands, der derzeit noch viele Treibhausgase emittiert. Außerdem wird mehr Wohnraum benötigt und die Digitalisierung muss vorangetrieben werden.

Das sind große Herausforderungen, für die wir die richtigen Rahmenbedingungen brauchen. Dabei ist ein enger Austausch mit der Politik unerlässlich. Die gemeinsame Perspektive von Kommunen und Sparkassen ist für politische Entscheidungsträger sehr wichtig – sie zeigt, worauf es vor Ort ankommt. Wie organisieren wir eine Wärmewende, die für Hausbesitzer und Kommunen finanzierbar ist? Wie verankern wir digitale Anwendungen in allen Kommunen? Wie bringen wir den Wohnungsbau voran, möglichst ohne Grünflächen zu versiegeln?



Diese zentralen Fragen einen Kommunen und Sparkassen. Neben vielen strukturellen Fragen geht es dabei auch um Geld. Denn der Finanzierungsbedarf ist erheblich, und die Sparkassen stehen als „Hausbanken“ der Kommunen für Finanzierungen bereit. Vor allem aber muss die Finanzausstattung der kommunalen Ebene dauerhaft tragfähig gestaltet werden. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht.

DEZENTRALES GESCHÄFTS-MODELL ERHALTEN

Die Sparkassen ihrerseits sind besonders auf Rahmenbedingungen angewiesen, die die Transformationsfinanzierung erleichtern. Bürokratische Berichtspflichten und eine Bankenregulierung, die Größe der Institute und Unterschiede in bestehenden Risiken nicht berücksichtigt, sind hierfür ein Hemmnis. Das betrifft am Ende nicht nur die Sparkassen selbst – sondern die Kundinnen und Kunden, deren Finanzierungsbedarf gedeckt werden muss.

Das hängt auch damit zusammen, dass das Geschäftsmodell der deutschen

Sparkassen europaweit einmalig und deshalb besonders erklärungsbedürftig ist. Die kommunale Trägerschaft wird häufig nicht verstanden. Anforderungen an die Eignung von Verwaltungsräten wurden diskutiert, obwohl diese in bewährten demokratischen Prozessen bestellt werden. Auch die Überführung der nationalen Einlagensicherung in einen europäischen Topf ist immer wieder ein Thema, das sowohl Sparkassen als auch Kommunen vor umfangreiche strukturelle Fragen stellt.

Für die Sparkassen ist es deshalb elementar, politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung des eigenen dezentralen Geschäftsmodells für die Wirtschaft zu verdeutlichen. Bei dieser Überzeugungsarbeit können die Sparkassen stets auf die Unterstützung der Städte, Gemeinden und Landkreise zählen. Es ist auch der Beharrlichkeit der kommunalen Spitzenverbände zu verdanken, dass die Sparkassen als Sparkassen erhalten bleiben!

Dr. Gerd Landsberg verkörpert diese Beharrlichkeit wie kaum ein anderer.

Er ist seit 25 Jahren (1998) Hauptgeschäftsführer des DSTGB und genauso lange Mitglied im Gesamtvorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Er wird in allen politischen Lagern für seine klare Meinung geschätzt. Gemeinwohlorientierung, der Schutz der öffentlichen Rechtsform und eine maßvolle Regulierung sind Ziele, für die sich Dr. Landsberg in den letzten 25 Jahren mit großem Einsatz und Erfolg engagiert hat. Er hat sich für die gemeinsame Präsenz der kommunalen Spitzenverbände und der Sparkassen in Brüssel eingesetzt. Sein Credo war der Erhalt des Drei-Säulen-Modells aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken. Ein Vierteljahrhundert an der Seite der Sparkassen. Wir danken Herrn Dr. Landsberg für dieses große Engagement.

Dieser starke Zusammenhalt von Sparkassen und Kommunen lässt mich optimistisch in die Zukunft blicken: Die Städte, Gemeinden und Landkreise werden die herausfordernden Aufgaben, vor denen sie heute stehen, meistern. Mit den Sparkassen an ihrer Seite. ■

EIN VIERTELJAHRHUNDERT EINSATZ FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

» Mit dem bevorstehenden Ausscheiden von Dr. Gerd Landsberg zum Ende dieses Jahres verlässt nicht bloß der Hauptgeschäftsführer den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). Es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, dass damit nach über 25 Jahren im Amt eine Ära zu Ende geht.«

Eva Witt

Direktorin der KfW, Leiterin des Bereichs Individualfinanzierung und Öffentliche Kunden



Das Ausmaß dieser Zeitspanne wird besonders greifbar, wenn wir einen kurzen Rückblick wagen. Im Jahr 1998, als Dr. Landsberg seinen Dienst als Hauptgeschäftsführer antrat, war Helmut Kohl noch Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die KfW vergab ihre Kommunalkredite noch in D-Mark. Der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel fungierte zu diesem Zeitpunkt als Vorsitzender des KfW-Verwaltungsrats, dem damals auch eine gewisse Angela Merkel, ihres Zeichens amtierende Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, angehörte. Im gleichen Jahr beging die KfW ihr 50-jähriges Jubiläum mit einem feierlichen Festakt in der Frankfurter Festhalle und durfte sich dabei u.a. über die Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog freuen.

Alle genannten Politiker füllen inzwischen längst abgeschlossene Kapitel in den Geschichtsbüchern der

Republik, während Gerd Landsberg über all die Jahre hinweg dem DStGB treu geblieben ist und sich engagiert für die Belange von Städten und Gemeinden eingesetzt hat.

Eine Gemeinsamkeit die er sich, trotz eines zwischenzeitlichen Wechsels der handelnden Personen, mit der KfW-Infrastrukturfinanzierung als Institution teilt. Diese hatte auch im Jahr 1998 schon ein beachtliches Volumen zu stemmen. Damals wurden Investitionskredite in Höhe von 6,5 Mrd. DM (3,3 Mrd. EUR) für die Modernisierung und den Ausbau der kommunalen Infrastruktur herausgegeben. Davon entfielen 2,5 Mrd. DM (1,3 Mrd. EUR) auf Umweltkredite, wobei die KfW damals ein besonderes Augenmerk auf der Verbesserung der Umweltinfrastruktur in den neuen Ländern gelegt hat. Im Vordergrund standen dabei Projekte zur Abwasserreinigung und Abfallentsorgung, was zu dieser Zeit ebenso für Umweltmaßnahmen in den alten Bundesländern galt.

Seither hat sich die kommunale Welt weitergedreht, die Anforderungen an zeitgemäße Förderung und damit auch die Ansprüche an die KfW haben sich in den letzten zweieinhalb Dekaden massiv gewandelt. Um hier passgenaue Fördermittel für die kommunalen Kunden anbieten zu können, war und ist es immer wieder nötig, die Sinnhaftigkeit, Aktualität und Kundenorientierung des bestehenden Produktangebots zu überprüfen und zu hinterfragen. Hier war uns Herr Dr. Landsberg und der DStGB bei der Weiter- und Neuentwicklung von Förderkrediten und Zuschüssen in all den Jahren ein wertvoller Sparringspartner und wichtiger Impuls- und Feedbackgeber. Wir sind sehr dankbar, dass wir in diesen Prozessen immer wieder auf die Expertise des Verbands und seiner Mitglieder zurückgreifen konnten.

Auf diesem Weg hat der von Gerd Landsberg geprägte DStGB einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die KfW-Infrastrukturfinanzierung



Dr. Gerd Landsberg mit Stefan Wintels, Vorstandsvorsitzender der KfW Bankengruppe, beim Deutschen Kommunalkongress des DStGB im Juni 2022 in Berlin

heute mit passenden Krediten und Zuschüssen für Kommunen und kommunale Unternehmen sehr breit und kundenorientiert aufgestellt ist. Mit einem Zusagevolumen von 7,1 Mrd. EUR im Jahr 2022, davon 1,9 Mrd. EUR allein für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, hat sich das Fördervolumen in den letzten 25 Jahren deutlich erhöht.

Aber auch abseits der Produktneuentwicklung gab es in der Vergangenheit viele Gelegenheiten für eine fruchtbare Zusammenarbeit, die an dieser Stelle aus Platzgründen allerdings nur beispielhaft Erwähnung finden können. So ist die KfW bereits seit 2010 Mitglied im Innovators Club (IC). Diese vom DStGB ins Leben gerufene Ideenschmiede befasst sich mit Zukunftsthemen der Städte und Gemeinden und hat sich zum Ziel gesetzt, innovative Wege für die kommunale Zusammenarbeit aufzuzeigen. Der hier stattfindende Diskurs zu den wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen der

Kommunen ist für die KfW als Förderer der kommunalen und sozialen Infrastruktur überaus wertvoll. Im Rahmen des IC treffen sich die Mitglieder regelmäßig zum sogenannten Deutschlandforum, bei dem mit jeweils wechselnden hochkarätigen Rednern aus Wirtschaft, Politik und Kommunen ein lebhafter Austausch stattfindet.

Eine weitere erwähnenswerte Zusammenarbeit gab und gibt es auch im Rahmen des KfW-Kommunalpanels. Die jährliche Umfrage bei den Kammereien von Städten, Gemeinden und Landkreisen wird seit 2009 im Auftrag der KfW durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Im Mittelpunkt der Befragung stehen Aspekte zur Finanzlage, Investitionstätigkeit und Finanzierung der deutschen Kommunen. Von Anfang an hat uns der DStGB hierbei beratend begleitet und die Ergebnisse auch für die eigene Kommunikation genutzt.

Die genannten Beispiele verdeutlichen,

wie tiefgreifend sich die Partnerschaft zwischen DStGB und KfW mittlerweile entwickelt hat. Das 75-jährige Jubiläum unserer Förderbank im November ist für uns in der KfW-Infrastrukturfinanzierung daher ein feierlicher Anlass im doppelten Sinne. Markiert er doch ziemlich genau auch ein Vierteljahrhundert vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem DStGB in der „Ära Dr. Landsberg“, welches von dem gemeinsamen Ziel geprägt war, die Lebensqualität in den deutschen Kommunen zu verbessern und nach nachhaltigen Lösungen für die Herausforderungen der Zeit zu suchen.

Wir möchten Herrn Dr. Landsberg ganz herzlich für die langjährige Partnerschaft und seine immer konstruktive und positive Begleitung der KfW im Interesse der Städte und Gemeinden danken. Gleichzeitig senden wir die besten Wünsche für einen erfüllten Ruhestand. Möge dieser neue Lebensabschnitt ebenso glücklich und bereichernd sein wie seine langjährige Karriere beim DStGB. ■

ANWALT DER KOMMUNEN

Katherina Reiche
Vorstandsvorsitzende Westenergie

Was ist das größte Kompliment, das man am Ende eines Berufslebens machen kann? Vielleicht dieses: dass man sich eine Organisation ohne diese Person kaum vorstellen kann – weil es so selbstverständlich schien, dass sie da war, und man deshalb glaubte, dass sie es immer sein wird. Genau so war es bei Gerd Landsberg: Zahlreiche Bürgermeister und diverse Bundesregierungen kamen und gingen, aber er blieb. Zumindest bis jetzt.

Mehr als 25 Jahre hat er sich unermüdlich für die Belange der Städte und Gemeinden eingesetzt. Eine beeindruckende Amtszeit, die nicht nur für den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) von enormer Bedeutung war. Er hat vor allem dafür gesorgt, dass die deutschen Kommunen mehr Gehör bekommen. Noch heute erinnert er sich an den ersten Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim DStGB, der die Städte und Gemeinden damals als „Sklaven der Länder“ bezeichnete. Mittlerweile wird mit dem Verband anders umgegangen – und das ist auch Gerd Landsberg zu verdanken. Als Anwalt der Kommunen half ihm seine Fähig-



keit, komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen. Nicht nur kritisch, sondern vor allem konstruktiv.

Vor allem im Bereich der Energieversorgung und Nachhaltigkeit gibt es zwischen Bayern und Schleswig-Holstein andere Herausforderungen. Doch Landsberg hat es immer verstanden, die unterschiedlichen Interessenslagen der 17 Mitgliedsverbände auszugleichen: „Ich bin immer erst dann zufrieden, wenn es allen Kommunen gut geht“, sagte Landsberg einmal.

Doch er war nicht nur kompetent und engagiert, sondern auch verläss-

lich und glaubwürdig – und diese Glaubwürdigkeit lebt er selbst vor: Seine Wohnung in Berlin hat er sich bewusst in der Nähe seiner Arbeitsstätte ausgesucht und läuft daher jeden Morgen zu Fuß ins Büro. So kann er den ÖPNV entlasten und das Auto stehen lassen.

Mit seinem Abschied hinterlässt Gerd Landsberg große Fußstapfen, die schwer zu füllen sein werden. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass er den Kommunen auch weiterhin mit seiner Expertise und seinem Engagement zur Seite stehen wird. Denn wie er selbst mal sagte: „Mitmachen schafft Zukunft.“ ■

Hannover:

Panattoni realisiert Campus-Lösung



Die ganzheitlichen Campus-Projekte von Panattoni tragen den spezifischen Anforderungen verschiedener Nutzungsformen aus den Bereichen Logistik und Gewerbe Rechnung. Die innovativen Flächenkonzepte eignen sich so für die Ansiedlung von Unternehmen unterschiedlicher Branchen, von lokalen Handwerksunternehmen bis hin zu industrieller Produktion und Logistik. Damit begegnen Sie der hohen Flächennachfrage in Ballungszentren. Die Campus-Lösungen in Berlin, Leipzig und Köln entstehen zudem als Brownfield-Entwicklungen und reduzieren die neuversiegelte Fläche.

Auch der Panattoni Campus Hannover Zentrum in der niedersächsischen Landeshauptstadt wird auf einer Brachfläche realisiert: Er entsteht auf einem 167.680 m² großen Areal und ist somit eines der größten innerstädtischen Brachflächen-Projekte Norddeutschlands. Das Gelände weist eine industrielle Geschichte von über 130 Jahren auf. Neben dem Bestandsnutzer und Ankermieter Nexans Deutschland, einem international tätigen Kabelhersteller, produzierten dort auch Vorgängerunternehmen rund 100 Jahre lang Kabel. Für die Revitalisierung des Geländes ließ Panattoni sämtliche Bestandsgebäude durch seinen langjährig bewährten Partner Hagedorn abreißen. Auch mehrere Tonnen Kampfmittel und Ausrüstungsgegenstände aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden erfolgreich beseitigt. Ein Großteil des mineralischen Abbruchmaterials wird dabei für den Hallenunterbau und zum Zweck des Frostschutzes weitergenutzt.

Neben einem maßgefertigten Neubau für Nexans wird die Campus-Lösung nach Fertigstellung 2026 auch einen Panattoni Park umfassen. Dieser zielt vor allem auf regionale als auch internationale Nutzer aus Automotive, Produktion und E-Commerce ab. Auch ein Gewerbe Park nach dem Konzept „City Dock“ ist in das Campus-Projekt integriert. Mit diesem bietet Panattoni Gewerbeflächen in urbanen Lagen, die sich an eine breite Nutzerschaft richten. Besonders eignen sich die Flächen für mittelständische Unternehmen (KMU), produzierendes Gewerbe, Handwerksbetriebe sowie dynamisch wachsende Start-ups.

Durch die Verbindung großflächiger Hallenkörper mit kleinteiligen Gewerbeparks entsteht so ein Unternehmerpark mit einer Gesamtnutzfläche von rund 100.000 m². Mit seiner innerstadtnahen Lage verfügt der Campus über eine hervorragende Anbindung und sorgt für kurze Wege zu den Endkunden: Die innerstädtische Autobahnauffahrt der A2 ist in 4 Fahrminuten erreichbar, der Hauptbahnhof und Flughafen Hannover sind nur 15 bzw. 14 Autominuten entfernt.

Nicht zuletzt legt Panattoni bei der Umsetzung des Projekts Wert auf die Einhaltung der hohen Nachhaltigkeitsstandards des Panattoni Green Building Concepts. Das beinhaltet neben der Zertifizierung nach DGNB-Gold der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen ein umfangreiches Maßnahmenpaket, darunter Fernwärmenutzung, die Installation von Photovoltaikanlagen (PV), eine Regenwasserzisterne u. a. zur Bewässerung der Außenflächen sowie Ladesäulen für E-Fahrzeuge. Außerdem sind Fassadenelemente aus Recyclingbeton vorgesehen, die CO₂ einsparen.

Insgesamt setzen Unternehmerparks so wertvolle Impulse für die lokale Wirtschaft und schaffen Jobperspektiven. Mit der Anwendung hoher ESG-Standards tragen sie dem Kurs der Gemeinden zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz Rechnung.

 The Panattoni logo, consisting of a stylized crown icon followed by the word "PANATTONI" in a bold, sans-serif font.

PANATTONI

LÄNDERÜBERGREIFENDE VERNETZUNG MACHT VERBANDSARBEIT BESSER

»» *Unsere Zusammenarbeit war nicht nur durch einen regen Austausch, sondern vor allem von gegenseitigem Lernen, enger, konstruktiver Zusammenarbeit und Freundschaft geprägt.*«



Dr. Walter Leiss
Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Im Namen des Österreichischen Gemeindebundes, möchte ich mich bei Dir, lieber Gerd Landsberg, in Deiner Funktion als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sehr herzlich für die jahrelange und freundschaftliche Zusammenarbeit bedanken.

Unsere Zusammenarbeit war nicht nur durch einen regen Austausch, sondern vor allem von gegenseitigem Lernen, enger, konstruktiver Zusammenarbeit und Freundschaft geprägt. Das fußt einerseits auf unserer jahrzehntelangen Tradition, den Austausch mit unseren europäischen Nachbarverbänden besonders rege und intensiv zu pflegen. Schließlich hilft uns die Vernetzung nicht nur für die Arbeit im eigenen Land, sondern schafft auch gedanklich und inhaltlich neue Wege für aktuelle und künftige kommunale Herausforderungen, Herangehensweisen und Umsetzungen. Jede Reise, jeder Austausch in ein Nachbarland hat uns immer sehr „reich“ an neuen Ideen,

an Bestätigung für Themensetzungen oder stark für Neues gemacht. Ich denke konkret an unseren intensiven Austausch im Umgang mit den Maßnahmen während der Coronapandemie – vieles haben unsere deutschen Nachbarn „lockerer“ praktiziert und kommuniziert. Im Nachhinein kann man natürlich hinterfragen, ob die vielen Lockdowns, das viele Testen oder die strenge FFP2-Maskenpflicht zur Eindämmung der Pandemie notwendig waren und das nicht auch lockerer gegangen wäre, wie in anderen europäischen Ländern. Ich denke aber auch an unsere gemeinsamen Herausforderungen in der Ausstattung an finanziellen Mitteln – hier beneiden uns unsere deutschen Nachbarn ein wenig um den guten und engen Draht zum Bundeskanzler und der Bundesregierung und das klare Bewusstsein, dass auf die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Verlass ist und ohne sie kein Staat zu machen ist. Nicht zuletzt durch das beharrliche Drängen des Österreichischen Gemeindebundes befanden

sich die österreichischen Städte und Gemeinden in der glücklichen Lage, während der Pandemie aber auch in der Energie- und Versorgungskrise mit guten Hilfspaketen des Bundes unterstützt zu werden. Ich denke aber auch an die intensiven Diskussionen um die Flüchtlingsunterbringung – hier sind die deutschen Kommunen in einer völlig anderen Situation als die österreichischen – schon alleine durch das Wunschzielland Deutschland. Durch den enormen Ansturm wurden und werden die Gemeinden völlig überfordert und alleine gelassen. Zustände, die es in Österreich teilweise nicht einmal 2015 gab. Ich denke aber auch unsere gemeinsamen Aktivitäten in der Unterstützung für Bürgermeisterinnen und Jungbürgermeisterinnen, wo es nicht nur eine Zusammenarbeit, sondern vor allem ein gegenseitiges Lernen und Unterstützen bis hin zur Bundespolitik gibt. So konnten wir gemeinsam zwei Länder übergreifende Bürgermeister:innen-Kongresse unter der Schirmherrschaft der Bundespräsi-



dentengattinnen in Wien und Berlin mit großem medialem Nachhall abhalten.

Zusammenfassend steht für uns als Organisation fest: Die Herausforderungen der Kernthemen für die Städte und Gemeinden sind da wie dort die gleichen – ob es die Gemeindefinanzen, die Kinderbetreuung, die Pflege, die Digitalisierung, die Klimawandelanpassungsmaßnahmen oder der Umgang mit Personalengpässen in den Kommunen sind, all diese Themen erfordern geeignete Lösungen und moderne Strategien. Der Austausch und die länderübergreifende Vernetzung können uns in all diesen Fragen nur helfen und unsere Arbeit besser und effektiver machen.

Und im besten Fall ist es in der Zusammenarbeit – wie mit Gerd Landsberg – so, dass aus Arbeit auch noch Freundschaft wird: Lieber Gerd, vielen Dank für die so wertschätzende und gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre. Wir würden uns freuen,



en, wenn wir auf dieser Zusammenarbeit aufbauen können und diese nicht nur mit Dir, sondern auch mit Deinem Nachfolger fortsetzen können. Gerne bist du auch weiterhin bei unseren Veranstaltungen willkommen, von denen wir auch ein paar gemeinsame Aktivitäten in den nächsten Jah-

ren geplant haben.

Persönlich wünschen wir Dir für Deinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute, viel Freude und Muse bei Deinen Hobbies und Aktivitäten. Du hast jetzt jede Menge Zeit dafür, nutze sie und genieße sie. ■

BILDUNG IN DEUTSCHLAND



Dr. Jörg F. Maas
Hauptgeschäftsführer
der Stiftung Lesen

Es besteht schon seit langem und immer wieder Anlass zur Sorge, wenn die Frage gestellt wird: Wie steht es um die Bildung in Deutschland?

Die jüngsten Studien zeigen ein düsteres Bild: Wenn jedes vierte Kind die Grundschule verlässt, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können, wenn in vier von zehn Familien in Deutschland den Kindern nicht oder nicht regelmäßig vorgelesen wird und wenn nahezu ein Viertel der Jugendlichen laut PISA Studie nicht über die basalen Kenntnisse im Lesen verfügen, dann ist das ein nicht mehr zu übersehendes Warnsignal – nicht nur für den Bildungsstandort Deutschland, sondern auch ein Indiz für den zukünftigen Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die sich wiederholende politische Fehleinschätzung verweist dann gerne auf die Effekte der Corona Pandemie und auf bildungspolitische Unterschiede der Länder im föderalen System Deutschlands. Schaut man sich aber die Studien der letzten 20 Jahre an – beginnend mit der ersten PISA Studie im Jahr 2000 – so stellt man sehr schnell fest, dass sich die

Ergebnisse in Deutschland kaum signifikant verändert haben und die Grundbedingungen für das schlechte Abschneiden von Schüler*innen in Deutschland gleichgeblieben sind. In kaum einem anderen OECD Land ist der Zusammenhang zwischen Testergebnis und elterlichem Beruf bzw. Bildung so stark ausgeprägt wie in Deutschland.

DER BILDUNGSPOLITISCHE AUFSCHREI BLEIBT AUS

Während allerdings noch Ende 2001 – nach ersten Vorabberichten zur PISA Studie – eine mediale Welle durch Deutschland ging und von einem ‚PISA-Schock‘ gesprochen wurde, so bleiben mittlerweile die mediale Resonanz oder gar der bildungspolitische Aufschrei aus: Es scheint, als haben sich Politik und Öffentlichkeit an die miserablen Bewertungen gewöhnt und nehmen es hin, dass wir Kinder aus dem Schulsystem entlassen, ohne dass diese über die notwendigen Kompetenzen verfügen.

Schlimmer noch: Statt nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, die die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen verbessern, kommt es

immer wieder zum Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern und zwischen den Bildungsinstitutionen wie Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen und die Schuldsuche beginnt nach jeder Studie erneut. Auch die Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Bundes- und Länderressorts betonen vielmehr die Abgrenzungen, statt den Blick auf gemeinsame und miteinander abgestimmte Vorhaben und Programme zu lenken. Erschwert wird dieser Umstand noch durch die Tatsache, dass die begrenzten Finanzmittel von Bund, Ländern und Kommunen als unverrückbarer Rahmen für Bildung angesehen werden, statt zu überlegen, wie sich diese Mittel aufstocken oder besser einsetzen lassen. Denn Deutschland investiert gemessen am Bruttoinlandsprodukt immer noch deutlich weniger in Bildung als viele der anderen Länder, die bei den OECD Studien besser abschneiden als Deutschland.

BILDUNG ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE VERANKERN

Wir bringen nicht nur zu wenig Geld für Bildung auf, sondern setzen es



Stiftungsversammlung am 21.06.2022 im Willy-Brandt- Haus, Berlin

nur in den klassischen Bildungseinrichtungen wie Schulen ein. Doch dort, wo die Studien die Bildungskompetenzen der Kinder messen – in Grund- und weiterführenden Schulen – entsteht das Problem nur zu Teilen: Wenn Eltern nicht die basalen Kompetenzen ihrer Kinder fördern und entwickeln und Kitas über zu wenig Personal verfügen und nur partiell Sprach- und Leseförderung unterstützen, dann brauchen wir uns über das katastrophale Abschneiden der Schüler*innen in Deutschland nicht zu wundern.

Bildung wird in Deutschland immer noch als Aufgabe der Bildungsinstitutionen angesehen – nicht aber als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller Teile unserer Gesellschaft. Bildung wird nicht als Kontinuum für die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gesehen, sondern als Wissensvermittlung in staatlich geförderten – vor allem schulischen – Einrichtungen.

Es darf aber in der Bildung in Deutschland nicht nur um die Vermittlung von fachlichen Kompetenzen gehen, sondern auch um die nicht-fachlichen, übergeordneten Kompetenzen. Wenn wir als Bildungsziele für die Kinder in Deutschland Kreativität, Sachlichkeit, Fortschrittsorientierung und eine Grundwerteorientierung einschließlich Zivilcourage definieren, dann braucht es nicht nur mehr finanzielle Mittel und eine bessere Ausstattung der Schulen, sondern auch entsprechend Programme für alle Familien und alle Kitas in Deutschland.

Vor allem aber brauchen wir eine ganzheitliche und systematische Lese- und Sprachförderung von Kleinkindalter an, die den Kindern erlaubt, ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln, die bei jedem Kind anders und unterschiedlich ausgeprägt sind. Denn wer nicht lesen kann, der wird auch nicht rechnen können, erfolgreich in den MINT-Fächern werden oder dazu beitragen, dass der For-

schungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland weiterentwickelt wird.

Die Bedeutung von Bildung weit über den rein schulischen Erfolg hinaus hat Gerd Landsberg sehr früh erkannt und wir sind sehr stolz, dass er sich zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund seit vielen Jahren für die Lese- und Sprachförderung eingesetzt hat – unter Einbeziehung der vielen wichtigen kommunalen Aktivitäten, bei der Auszeichnung von Bildungsinitiativen im Rahmen des Bundesweiten Vorlesetags und der Vorlesestädte, beim Deutschen Lesepreis und vor allem als unser langjähriges Vorstandsmitglied und seit über zwei Jahren als Vorsitzender der Stiftung Lesen unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. **Wir danken Gerd Landsberg für sein Engagement, seinen Zukunftsblick und sein unermüdliches Wirken für die Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen für derzeitige und zukünftige Generationen.** ■



Brüsseler GERÜCHTE

von Dr. Klaus Nutzenberger

Eine Ausgabe der Brüsseler Gerüchte zu schreiben unter der Vorgabe, dass sie die letzte Ausgabe während der Amtszeit des jetzigen Geschäftsführenden Präsidialmitglieds (auch HGF genannt) Dr. Gerd Landsberg ist, kann man durchaus als eine gewisse Herausforderung betrachten. Warum?

Ganz einfach, weil man hierbei nicht wie sonst auf anstehenden Entwicklungen in der Europäischen Union hinweisen und sie – oft ein bisschen ironisch – aus kommunaler Sicht kritisieren kann. Was ergäbe das für einen aktuellen Sinn? Das Ziel dieses Aufsatzes ist ja nicht „Europa und seine deutschen Kommunen“. Welches ist es aber sonst? Nun, diesmal kann es nur sein, die insgesamt 21 Jahre, die der Autor für den DStGB „Europa macht“, mit der Amtszeit des HGF des Verbandes zu verbinden. Das im Übrigen kein reines Gedankenexperiment, keine „l'art pour l'art“, sondern eine Rückschau mit Erfahrungsgewinn. Bedenken wir:

Rein formal gesehen, war jede Aktion des Europabüros auch eine eben dieses HGF, der das Ganze für den DStGB sogar schon ein bisschen länger als der Autor macht, nämlich 25 Jahre.

Versuchen wir heute also die Bedingungen der Europaarbeit des DStGB mit den Grundsätzen seines obersten Chefs zu verbinden. Sie sind – fangen wir mit dem Wichtigsten an – für den jeweils Ausführenden äußerst chancenreich, denn der HGF geht von der Prämisse aus, dass man soviel Freiheit wie möglich und soviel Kontrolle wie nötig einräumen muss. Wer die Balance zu halten versteht und die Freiheit nicht überstrapaziert, kommt gut mit ihm aus. Die Engländer nannten das früher „indirect rule“. Sie haben das Prinzip schon im späten Mittelalter erfunden und fuhren damit sehr lange sehr gut. Manche sagen bis heute.

Soviel zum Prinzip des HGF und damit zur Grundlage der Arbeit. Darüber hinaus sind ihm aber auch stra-

tegische und taktische Überlegungen eigen, die nicht nur in der Verbandsarbeit wertvoll sind. Auch diese sollte man beherzigen, wenn man mit ihm arbeitet. An erster Stelle ist hier das Faktum „Schnelligkeit“ zu nennen. Es zeigt seinen Nutzen nicht nur in der deutschen oder in der europäischen Politik, sondern auch in der gesamten Geschichte. Es ist müßig, Beispiele dafür zu nennen. Ein Verband, ein Staat oder ein Industrieller, der dies vergisst, hat schnell verloren. Der DStGB ist schnell. Meistens.

Aber Schnelligkeit ist natürlich nicht alles. Es kommt darauf an, zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle zu sein. Das ist vielleicht die größte Gabe, die eine Verbandsführung haben kann. Zu erkennen, wo sich etwas politisch Wichtiges abspielt, wie man es thematisieren (lösen) kann und wann es hervorbricht, ist die höchste der Künste. Sie hätte manchen Wirtschaftsboss in den USA 1929 vor dem Schwarzen Freitag gerettet.



Wo erlernt man diese Kunst? Nirgendwo. Den Mantel der Geschichte zu bemerken und ihn zu ergreifen, ist eine Gabe Gottes und an keiner Universität zu erlernen. Der DStGB kann sich freuen, jemanden mit einer solchen Gabe in seinen Reihen zu haben.

Kommen wir zum dritten und letzten Punkt. Er ist der vierten Kardinaltugend nahe, die Platon als eine gewisse Zusammenfassung der anderen drei (Tapferkeit, Gerechtigkeit und Weisheit) sah. Es ist das Maß. Das Maß in

unserem Zusammenhang bedeutet, dass der Verband zwar Ziele hat, die vielleicht manchmal etwas über seinen Kapazitäten liegen (und das ist wiederum auch gut so, weil man das als politische Organisation braucht), dass ihm aber dennoch letztendlich bewusst ist, für welche Klientel er arbeitet, arbeiten muss. Der DStGB ist bodenständig und er weiß das. Auch dies gehört zu den Fähigkeiten seines Kapitäns.

Was hat das nun mit der Arbeit des Europabüros zu tun? Nun, es bemüht

sich ebenso zu handeln. Schnell, auf den Punkt und mit der Nase im Wind, dabei wissend, dass gerade in Europafragen deutsche kommunale Aspekte immer einer gewissen Relation unterliegen. Dennoch – die Europaabteilung des DStGB hat sich immer viel von den Grundsätzen seines obersten Kriegsherrn abgucken und versucht, sie in Brüssel erfolgreich umzusetzen. Er hat es der Europaabteilung im Gegenzug mit Wertschätzung und Großzügigkeit gedankt. Dafür danken wir ihm. ■



BETREUUNGSRECHT

KOMMENTAR

Das Werk ist Teil der Reihe:
Gelbe Erläuterungsbücher

*Buch, Hardcover (Leinen), 7. vollständig
überarbeitete Auflage 2023*

XXVIII, 1149 Seiten

ISBN 978-3-406-78915-1, Preis: 79 Euro

*Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80801
München*

Der handliche Kommentar liefert eine umfassende und praxisorientierte Darstellung der betreuungsrechtlich relevanten Normen. Er deckt die gesamte Bandbreite des Betreuungsrechts ab und ist sprachlich präzise und gut verständlich. So werden gesetzübergreifend alle einschlägigen Vorschriften des BGB zu Betreuung, Geschäftsfähigkeit, Willenserklärung, Vertretung, Vollmacht, Einwilligung und Genehmigung erläutert sowie die relevanten Normen aus dem 3. Buch des FamFG, aus dem Kostenrecht, das Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz sowie das neue Betreuungsorganisationsgesetz.

Die Neuauflage wurde im Hinblick auf die im Januar 2023 in Kraft tretenden gesetzlichen Änderungen im Betreuungs- und Unterbringungsrecht komplett überarbeitet und aktualisiert. Diese ergaben sich vor allem im Verfahrens- und Kostenrecht sowie dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz. So wurden in die Kommentierung die §§ 630d und 630e BGB (Einwilligung und Aufklärungspflichten beim Behandlungsvertrag), § 1358 BGB (gegenseitige Vertretung von Ehegatten in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge) sowie §§ 53 und 170a ZPO (Prozessfähigkeit und Zustellung bei rechtlicher Betreuung) neu aufgenommen. Mit dem neuen Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) werden alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Betreuungsrechts in einem Gesetz zusammengefasst. Mit diesem Gesetz werden zudem erstmals die Registrie-

runge und der Nachweis einer ausreichenden Sachkunde als Voraussetzung der Tätigkeit beruflicher Betreuerinnen und Betreuer geregelt.

Aufgrund seiner Praxisnähe, Ausführlichkeit und aktuellen Nachweise der wichtigsten aktuellen Rechtsprechung und Fachaufsätze wird der Kommentar allen Praktikern, Juristen als auch Nichtjuristen, wie beispielsweise berufliche Betreuerinnen und Betreuer, eine sehr gute Arbeitsgrundlage und von großem Nutzen sein. Gerade auch im Hinblick auf den praktischen Querschnitt durch alle relevanten Normen einschließlich dem Verfahrens- und Kostenrecht ist es ein durchaus empfehlenswertes Buch. (*Ursula Krickl*)

SOZIALGESETZBUCH IX - REHABILITATION UND TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Herausgegeben von Karl F. Ernst,
Dr. Dr. h.c. mult. Fritz Baur und
Eva-Maria Jäger-Kuhlmann

*1. Auflage, 3652 Seiten, Loseblattwerk,
3 Ordner inkl. 44. Ergänzungslieferung,
Stand Dezember 2022, Kunststoff-Ordner,
209,00 € inkl. MwSt.*

ISBN: 978-3-17-018016-1

*W. Kohlhammer GmbH, Heßbrühlerstraße
69, 70565 Stuttgart
www.kohlhammer.de*

Der von Praktikern aus nahezu allen Bereichen der gesetzlichen Leistungsträger verfasste Kommentar soll den besonderen Bedürfnissen der unterschiedlichsten Nutzer dieses Kommentars eine praxisnahe Hilfe bei der Arbeit mit dem Sozialgesetzbuch IX bieten.

Sein besonderer Praxisbezug zeigt sich darin, dass er dem Leser nicht nur den Gesetzestext und die Erläuterungen zur Verfügung stellt, sondern eine Fülle von bundesweiten Empfehlungen, Vereinbarungen und Richtlinien, die in der Praxis eine große Rolle spielen, aber wegen ihrer unsystematischen Veröffentlichung häufig nur schwer aufzufinden sind. Bei-

spielhaft seien hier die „Werkstattempfehlungen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe genannt, die als Anlage zu § 42 vollständig abgedruckt sind.

Mit der 42. Lieferung wurden im Teil 1 Kapitel 9 (Leistungen zur medizinischen Rehabilitation) die zentralen Vorschriften der §§ 44 bis 47 aktualisiert. Sie regeln u. a. die stufenweise Wiedereingliederung, die Förderung der Selbsthilfe, sowie die Früherkennung und Frühförderung. Weiter wurden im Teil 1 Kapitel 10 (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben) die wesentlichen Vorschriften der §§ 49 bis 53, u. a. die Leistungen an Arbeitgeber durch die Rehabilitationsträger, auf den aktuellen Stand gebracht. Eine umfangreiche Neubearbeitung enthält die Lieferung im Teil 3 Kapitel 2 (Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber) mit den §§ 154 bis 160, die insbesondere Regelungen über die Pflichtquote, über den Begriffs des Arbeitsplatzes und über die Ausgleichsabgabe enthalten. Schließlich wurde die wichtige Vorschrift des § 166 (Inklusionsvereinbarung) auf den aktuellen Stand gebracht.

Die 43. Lieferung enthält die Überarbeitung und Aktualisierung wichtiger Vorschriften über die Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen im Teil 2 des SGB IX. Dabei handelt es sich um die §§ 56 bis 61 SGB IX. Darüber hinaus wurde erstmals die Vorschrift über das Budget für Ausbildung im § 61 a SGB IX kommentiert.

Die nun vorliegende 44. Lieferung enthält einen weiteren Teil der Überarbeitung und Aktualisierung wichtiger Vorschriften über die Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen im Teil 3 des SGB IX. Dabei handelt es sich um die §§ 219, 221, 222 und 227 SGB IX. Das Werkstättenrecht ist damit vollständig auf dem aktuellen Stand. Daneben wurde der § 163 (Zusammenwirkung der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern) neu kommentiert. (*Ursula Krickl*)



In der Region für die Region.

Ein Geldkreislauf, der gut für alle ist.

Jeder uns anvertraute Euro fließt wieder zurück in den Geldkreislauf der Region. So fördern wir nachhaltig die Wertschöpfung und Entwicklung vor Ort. Mehr zu uns als Sparkasse und zum Thema Nachhaltigkeit erfahren Sie unter [sparkasse.de](https://www.sparkasse.de)

Weil's um mehr als Geld geht.

